

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 16. Juli 1924.

Nr. 166.

Agrarische Bekenntnisse.

Die Sozialdemokraten haben in ihrem Kampfe gegen die agrarische Hochschutzzoll- und Ausfuhrerhöhungspolitik immer behauptet, daß Getreidezölle nur einem Teile der Landwirte, das ist besonders den großen Grundbesitzern und darunter auch nur jenen, deren Betrieb vorwiegend auf die Getreideproduktion eingestellt ist, Vorteil bringen, daß dagegen einem großen Teil, besonders allen Kleinbauern, Getreidezölle nur Schaden zufügen, ganz abgesehen davon, daß jede durch Zölle bewirkte Verteuerung der lebensnotwendigsten Nahrungsmittel sowohl die Massen der Verbraucher wie auch die Volkswirtschaft schwer schädigt. Diese aus vielfältiger Erfahrung geschöpfte Erkenntnis hat den Sozialdemokraten bei den Propagandisten der agrarischen Hochschutzzollpolitik den Vorwurf der „Bauernfeindlichkeit“ eingetragen und leider gibt es noch viele Kleinbauern, die auf dieses Schlagwort hereinfallen, die sich zu Vorspanndiensten für den traditionellen Egoismus der Großagrarier mißbrauchen lassen und die ihre Interessen mit jenen der reichen Grundbesitzer für gleichartig halten. Auch jetzt hört man wieder das Geschrei, die Landwirtschaft sei in Not und es könne ihr nur durch die Errichtung möglichst hoher Zollmauern geholfen werden. Als die tschechische Agrarpartei die Regierungskoalition zu sprengen drohte, wenn ihrer Forderung nach Wiedereinführung von Getreidezöllen nicht entsprochen werden sollte, war die grüne Internationale ein Herz und ein Schlag, und die deutschen Landbändler bemühten sich, das Geschrei ihrer tschechischen Kollegen von der unbedingten Notwendigkeit der Getreidezölle zum Schutze der bedrohten Landwirtschaft mit ein paar Trompetenstößen zu verstärken.

Nun veröffentlicht der ehemalige Abgeordnete F. Goll, Vorsitzender der Geschäftsstelle der deutschen Landwirtschaft, in der „Deutschen Landpost“ einen Artikel, der Auffklärung darüber gibt, warum die deutschen Agrarier die Forderung nach Getreidezöllen unterstützen und der noch ein anderes wertvolles Bekenntnis enthält: daß die Sozialdemokraten recht hatten, wenn sie das Verlangen nach Getreidezöllen als durchaus nicht im Interesse der gesamten Landwirtschaft gelegen und gegen die Interessen des Kleinbauernums gerichtet erklärten. Herr F. Goll geht von der sehr wahrscheinlichen Annahme aus, daß die Auseinandersetzungen innerhalb der Koalitionsparteien über die Agrarzölle zu einer Vereinbarung gelangt sind, die wohl dahin gehen, daß die bisher zollfreien Getreidegattungen mit einem Einfuhrzoll belastet werden. Das findet Herr Goll als nicht hinreichend, er ist darüber aufgebracht, daß man unter solchen Umständen von Agrarzöllen „in vollem Umfang des Wortes“ nicht sprechen könne, meint, daß es sich den Koalitionspolitikern nur um ein Beschäftigungsmittel für ihre Parteigänger gehandelt habe und kommt zu der Folgerung, von der bloßen Einführung von Getreidezöllen habe die deutsche Landwirtschaft nicht viel zu erhoffen. Die Wünsche des Herrn Goll und der Landbändler gehen nämlich noch viel weiter; ihnen ist mit Getreidezöllen allein nicht gedient, ja, er gibt zu, daß für die deutschen Landwirte in Nord- und Westböhmen Zölle auf Mehl und Getreide nicht nur wirkungslos wären, sondern daß sie hier sogar eine Belastung für die Landwirte bedeuten würden. Er verweist darauf, daß ein großer Teil der Bezirke Böhmens im Böhmerwald, im Her-, Niesen- und Erzgebirge nur auf Futtermittel, Fleisch, Fett- und Milchproduktion angewiesen ist; diese Bezirke würden bei einem „einseitigen Produktionsschutz“ der Getreidebauern schwer bedroht werden.

Warum haben sich aber dann die deutschen Landbändler für die Einführung von Getreidezöllen ereifert, wenn sie der Ueberzeugung sind, daß diese Zölle die Landwirte in vielen deut-

Die Reparationskonferenz in London.

Heute Eröffnung. — Dauer zehn Tage bis 3 Wochen.

London, 15. Juli. Nach Ansicht amtlicher britischer Kreise beginnt die morgige interalliierte Reparationskonferenz unter besseren Auspizien als jede bisher abgehaltene derartige Konferenz. Macdonald werde die Eröffnungssprache halten. Diese, sowie die einleitenden Formalitäten, würden den größten Teil der Vormittags-sitzung beanspruchen. Am nachmittag werden die Konferenzarbeiten in Angriff genommen werden.

London, 15. Juli. (A. N.) Die Reparationskonferenz wird morgen im Vordachsaal des Außenministeriums eröffnet. Alles Hilfspersonal, wie Sekretäre, Sachverständige usw. eingerechnet, nehmen an der Konferenz etwa 100 Personen teil, die alle Gäste der britischen Regierung sind. Wie lange die Konferenz dauern wird, ist unbekannt. Von einer Seite wird angenommen, daß die Konferenz in zehn Tagen enden wird, andere wiederum sprechen von drei Wochen. Hauptteilnehmer an der Konferenz sind: für Großbritannien Macdonald und Snowden, für die Vereinigten Staaten Bokschoff, Kellow und Oberst Logan, für Frankreich Perriot, Clementel und General Rollet, für Italien De Stefani, De Rala und Della Torretta, für Japan Dojashi und Ishii, für Belgien Theunis und Symans, für Portugal Norton de Matos, für Jugoslawien Gavrilovič, für Rumänien Titulescu, für Griechenland Calamanoz. An der Konferenzöffnung werden demnach zehn Staaten teilnehmen.

Vorkonferenz der beiden Internationalen.

Amsterdam, 14. Juli. Heute vormittags sind die Vorstände des internationalen Gewerkschaftsbundes und der sozialistischen Internationale zusammengekommen, um zu der am 16. Juli beginnenden Londoner Konferenz Stellung zu

nehmen. Für den Gewerkschaftsbund waren amtsendend der Vorsitzende, die Bizevorstände und die Sekretäre, für die sozialistische Internationale der Sekretär Adler und die Mitglieder des Vollzugsausschusses Hr. Bell (England), Blum (Frankreich), Müller (Deutschland), Vandervelde und Broekere (Belgien) sowie Vliegen (Holland).

schen Bezirken schwer belasten würden? Das bildet eben den Grund, aus dem Herr Goll zur Feder griff; er mußte seinem Groll Luft machen! Er und die deutschen Landbändler sind enttäuscht, denn sie haben sich die Sache ganz anders vorgestellt. Sie redeten den Getreidezöllen das Wort, weil sie hofften, die tschechischen Agrarier würden sie zum Dank dafür mit dem Geschenk eines „Agrarzolles“ im vollem Umfang des Wortes“ bedenken: Diese Forderung schlug fehl, die Verhandlungen in der Koalition führten „nur“ zur Einführung von Getreidezöllen und daher äußert Goll seinen Unwillen darüber, daß jetzt, wo es sich um den Produktionsschutz der gesamten Landwirtschaft handle, von einer solchen Interessengemeinschaft der deutschen und tschechischen Agrarier nichts zu sehen sei. Herr Goll bemerkt sich plötzlich auf sein deutsches Herz und ruft erregt: „Deutscher Bauer merks! Denn die ganzen Zölle für Ru- und Schlachvieh, die heute geltend sind, werden für deinen Wirtschaftsbetrieb noch wirkungslos, wenn Getreidezölle eingeführt sind.“ Darin liegt das Bekenntnis, daß die Getreidezölle für einen großen Teil der Angehörigen der Landwirtschaft schädlich sind, und daß sie sogar die Lage vieler größeren Bauern, die in kleinerem Umfang Getreidebau treiben, wesentlich verschlechtern, um wieviel mehr die Lage der Kleinbauern, die meist nicht einmal genug Getreide produzieren, um den Selbstbedarf damit zu decken! Die Landbändler haben sich dennoch für die Getreidezölle begeistert! Allerdings nur deshalb, weil sie, wie Herr Goll jetzt bekennet, glauben, es würden dafür auch die Zölle für alle anderen landwirtschaftlichen Produkte erheblich erhöht werden. In dieser Erwartung wurden die Landbändler betrogen, ihr Eifer um das Zustandekommen der Getreidezölle war umsonst verschwendet und so ruft Herr Goll: „Deutscher Bauer merks!“ In der Tat: Deutscher Bauer merks! Insbesondere: Deutscher Kleinbauer

Herrriot ist heute nachmittags auf dem Victoriabahnhof im Sonderzuge eingetroffen, wo er von Macdonald begrüßt wurde, mit dem er sich herzlich unterhielt.

Paris, 15. Juli. (Savas.) In Pariser politischen Kreisen verschleiert man sich nicht der Annahme, daß sich in London verschiedene Schwierigkeiten in den zu behandelnden Fragen ergeben könnten und daß es eine gute Weile brauchen werde, um den Weg für die Durchführung des Sachverständigenrats vollkommener zu ebnen. Man spricht von 10 bis 14 Tagen als Dauer der Konferenz, sowie davon, daß wahrscheinlich mehrere Phasen der Konferenz zu verzeichnen sein werden, die sich während der Arbeiten der Experten entwickeln werden.

Trotzdem die letzten Erklärungen Herrriots im Senat und die gestrige Rede Macdonalds im Unterhause einige der wesentlichsten Divergenzpunkte berührt hatten, baut man auf den in Chequers und in Paris beendeten festen Willensentschlüssen der beiden Ministerpräsidenten, die Situation zu bereinigen.

nehmen. Für den Gewerkschaftsbund waren amtsendend der Vorsitzende, die Bizevorstände und die Sekretäre, für die sozialistische Internationale der Sekretär Adler und die Mitglieder des Vollzugsausschusses Hr. Bell (England), Blum (Frankreich), Müller (Deutschland), Vandervelde und Broekere (Belgien) sowie Vliegen (Holland).

merks, wie dich die deutschen Landbändler an der Nase herumführen! Wenn jetzt deine Lage sich durch die Getreidezölle verschlechtern wird, wenn dir Mehl und Brot, das du zum Teile selber kaufen mußt, verteuert werden und wenn überdies die Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel des Volkes eine weitere Verteuerung der für deine Wirtschaft und dein Leben notwendigen Industrieprodukte zur Folge haben wird, dann bedanke dich bei den deutschen Landbändlern, die mitgeholfen haben, dir eine neue Last aufzubürden und die jetzt jammern, greinen und zetern, weil sie als betrogene Verräter dastehen.

Herr Goll, der Vorsitzende der Geschäftsstelle der deutschen Landwirtschaft, bezeichnet die Einführung der Getreidezölle als ein „volkswirtschaftliches Verbrechen“, das nur Menschen begehen konnten, die „entweder zu dumm sind es zu erkennen, oder mit der bösen Absicht, andere zu schädigen, sich der Lösung handelspolitischer Fragen bemächtigen“. Allerdings fällt er dieses vernichtende Urteil nur deshalb, weil der Plan der deutschen Landbändler mißlang, für die anderen Agrarprodukte höhere Zölle durchzusetzen, aber dadurch wird dieses Urteil nicht abgeschwächt. Es kennzeichnet höchstens die Landbändlermoral: die Getreidezölle wären ihnen kein „volkswirtschaftliches Verbrechen“ gewesen, wenn sie die Möglichkeit erlangt hätten, durch Erhöhung der Agrarzölle im allgemeinen die Bevölkerung zu schröpfen. Wenn Goll schon namens jener wohlhabenderen deutschen Landwirte die Getreidezölle so verdammte und sie schädlich findet, welche Lehre müssen erst die Kleinbauern, die als Verkäufer auf dem Getreidemarkt überhaupt nicht in Betracht kommen, aus Golls Bekenntnissen ziehen?! Sie müssen daraus auf neue die Erkenntnis von der Tatsache des Vorhandenseins des Klassenkampfes auch auf dem Lande schöpfen und einsehen, daß die Großen sich ihrer nur bedienen, um die durch Zölle erzielten Ueberpreise in die eigene Tasche fließen zu lassen!

Uebergroße Mehrheit der Gewerkschaften gegen die Agrarzölle.

Berlin, 15. Juli. (Eigenbericht.) In Berlin fand heute die Besprechung der Vertreter der Gewerkschaften mit dem Reichernährungsminister über die Einführung von Getreidezöllen statt, an der Vertreter der freien Gewerkschaften, des „Aso“-Bundes, der christlichen Gewerkschaften und der Ditsch-Dunker'schen Gewerkschaften teilnahmen. Die mehrstündigen Verhandlungen verliefen im Endeffekt vollkommen ergebnislos; nur der Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärte seine Bereitwilligkeit, der Einführung von Schutzzöllen für Getreide zuzustimmen, während er Schutzzölle für Getriebe- und Büchsenfleisch ablehnte. Die übrigen gewerkschaftlichen Vertreter, darunter auch bürgerliche, lehnten die Einführung von Schutzzöllen entschieden ab. Ihre Ausführungen blieben nicht ohne Einfluß auf den Minister und seine Vertreter. Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden, trotzdem ein Ergebnis bei ihnen nicht vorzusehen ist.

Der Krach in der Hitlerpartei.

Alle gegen Alle.

München, 15. Juli. (Eigenbericht.) Nach Ausschluß des völkischen Landtagsabgeordneten Aigner aus der völkischen Landtagsfraktion in Bayern vollzieht sich jetzt eine weitere Reinigung bei den bayerischen Völkischen. Desmal steht der Ausschluß der beiden besonders radikalen Münchener Abgeordneten Straßer und Diesbacher bevor. Diese beiden Abgeordneten sind Kampfgesossen des vielfach angefeindeten Hitleragitators Esser, der seit langem in hostiler Begrenztheit gegen die parlamentarische Tätigkeit der Völkischen steht. Die Gesinnungsgemeinschaft dieser beiden Abgeordneten mit Esser kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß sie zusammen für Mittwoch abends eine große Hofenkreuzerversammlung in München angekündigt haben. Nimmt man dazu, daß auch Hitler bekanntlich keine politische Führung unter den Deutschvölkischen niedergelegt hat, weil er mit der parlamentarischen Entwicklung seiner Partei nicht mehr einverstanden ist, so bekommt man ein Bild von der zunehmenden Zerstückelung und dem Zerfall der völkischen Bewegung in ihrem ursprünglichen Hauptberde in Bayern.

Annahme der Amnestievorlage.

Paris, 15. Juli. (Savas.) Die Kammer hat mit 325 gegen 185 Stimmen die ganze Amnestievorlage angenommen und sich bis 29. ds. vertagt.

Die Revolution in Brasilien.

Wien, 15. Juli. Der Wiener brasilianische Gesandtschaft ist eine offizielle Depesche aus Rio de Janeiro zugegangen, in der die brasilianische Bundesregierung feststellt, daß es sich bei der Revolte in Sao Paulo um eine Meuterei der Militär-Polizei des Staates Sao Paulo handelt und daß alle anderen Maßnahmen über eine Ausbreitung der Bewegung Tendenznachrichten seien, die durch interessierte Kreise verbreitet wurden. Die brasilianische Regierung habe ihre Aktion auf die Abschließung der Stadt, das Bombardement der Störkern und Depots der Aufständischen beschränkt, da sie alle Maßnahmen, die eine Zerstörung der Stadt zur Folge haben können, zu vermeiden wünscht.

Wie die Wiener brasilianische Gesandtschaft weiter mitteilt, umfaßt die meuternde Militärpolizei in Sao Paulo im ganzen 12.000 Mann, deren Bewaffnung bloß aus Flinten und einer beschränkten Zahl von Maschinengewehren besteht, da ausschließlich die Bundesarmee über modernes Kriegsmaterial verfügt. Die eingeschlossenen Meuterer haben übrigens bereits um die Einleitung von Verhandlungen ersucht.

Vormarsch der Aufständischen.

Buenos Aires, 15. Juli. (Neuter.) Eine von Santos mittags den 14. d. abgeordnete drahtlose Nachricht meldet: Die Situation ist ernst. Die brasilianischen Aufständischen haben dreizehn Kilometer vor Santos. Nach anderen Nachrichten bombardieren Bundesstruppen San Paulo, doch fügen sie der Stadt nur geringe Schäden zu. Es verlautet, daß ein Teil der Bundesartillerie sich den Aufständischen angeschlossen habe.

Die Sozialversicherungsfrage.

VI.

Der schwerste und längste Kampf wurde über den zweiten Teil der Vorlage, betreffend die Organisation, abgeführt. In der ursprünglichen, von den Sachleuten ausgearbeiteten Vorlage war vorgesehen, daß im Bereiche jeder politischen Behörde eine Krankenkasse zu errichten sei. Alle übrigen Krankenkassen hätten nach diesem Entwurfe aufgelöst werden müssen und es wäre dadurch der ideale Zustand erreicht worden, daß zur Grundfrage und als Unterbau der gesamten Versicherung der Einheitskasse gedient hätte. Das Streben nach Errichtung von Einheitskassen ist heute überall wahrnehmbar und es wird in jenen Staaten, in denen die Sozialversicherung besteht, der Mangel dieses Unterbaues nicht nur überaus unangenehm empfunden, sondern es kann in allen diesen Fällen festgestellt werden, daß die aus diesem Uebelstande resultierende finanzielle Belastung eine ganz gewaltige ist und daß auch die Administrative darunter furchtbar leidet. Für die Vereinheitlichung des Unterbaues hätten aber in der Tschechoslowakei noch andere Momente bestimmend sein müssen. Selbst bei der Zusammenlegung aller Krankenkassen eines politischen Bezirkes hätten wir in Böhmen, Mähren und Schlesien 144 Krankenkassen, wobei auf eine Krankenkasse durchschnittlich 12.700 Mitglieder entfallen würden. Es könnte also keineswegs von großen Krankenkassensystemen gesprochen werden. Wir hätten aber selbst dann noch immer Krankenkassen mit 2000, 3000 und 5000 Mitgliedern. Gegen diese Bestimmung in dem Entwurfe der Sachleute wurde nun von den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen Sturm gelaufen. Die einen haben die Errichtung eigener Landwirtschaftskrankenkassen, die anderen wieder die Errichtung von Genossenschaftskrankenkassen und die dritten endlich die vollständige Loslösung der Krankenversicherung der Privatangehörigen verlangt. Da eine Einigung innerhalb der Koalition nicht zu erzielen war, wurde der Regierungsentwurf einfach unter Begünstigung der Bestimmungen über die Organisation der Krankenversicherung, deren Regelung einem eigenen Gesetze vorbehalten wurde, dem Parlamente unterbreitet. Während der ganzen Beratungen, sowohl während der Generaldebatte im sozialpolitischen Ausschusse als auch während der Beratungen im Unterausschusse, war die Frage der Organisation immer ein Stein des Anstoßes. Es war während der ganzen Zeit nicht möglich, trotz aller Einwirkungen von außen, die Koalitionsparteien dazu zu bewegen, daß sie in der Frage der Organisation ein Uebereinkommen erzielen. Alle Versuche, nach dieser Richtung hin sind gescheitert. Die aktive Mitwirkung der Opposition bei dieser von vorne herein als Politikum behandelten Frage war ausgeschlossen. Man hat sie nicht gewünscht, man hat sie auch nicht herbeizuführen getrachtet. Dabei muß zugegeben werden, daß auch innerhalb der Opposition die Gegensätze über die Gestaltung der Organisation keineswegs geringe waren, es kann vielmehr gesagt werden, daß die Gegner der Einheitskasse im deutschen Lager rein aus lokalen Gesichtspunkten und unter vollkommener Verkennung der schweren Gefahr für die deutschen Arbeiter zahlreicher waren, als selbst in den Reihen der Koalition. Erst in der letzten Sitzung des Unterausschusses ist ein ungeschicklich von der Regierung, in Wirklichkeit aber von der Koalition ausgearbeiteter Entwurf unterbreitet worden, der einer vollkommenen Kapitulation vor den Gegnern der Einheitskasse gleichkommt. All-Bemühungen unsererseits, den Gegnern der Einheitskasse die ver-

Der Brauer für die Kriegsbekehrten.

In wenigen Tagen wird die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft dieses Staates aufmarschieren zu machtvollen, leidenschaftlichen Kundgebungen gegen den Krieg. Die zehnjährige Wiederkehr des Weltkriegesbeginnes ruft das Proletariat zu diesen Demonstrationen auf den Plan, macht es ihm aber gleichzeitig auch zur Pflicht, in diesen Tagen furchtbaren Gedankens alle jene vor seinen Richterstuhl zu schleifen, die sich mit der Schuld an der Entfesselung des Weltkrieges und an seiner Verlängerung beluden. Und da werden als Angeklagte wiederum erscheinen, neben den von der Geschichte bereits abgeurteilten Herrschern, Diplomaten und Generalen, die bürgerliche Partei, deren Führer, die Durchhalter und Siegfrieder, nur der Anreißer und Verantwortliche breiter Volksschichten die Tatsache verdanken, daß sie noch nicht kam und sondern zum Teufel gejagt wurden. Deutschnationale und Christlichsoziale, Liberale und Agrarier — sie alle gehören, über und über mit Schuld beladen, vor das Tribunal, das in den Julitagen 1924 Gericht hält über Verbrechen und Verbrecher aus den Julitagen 1914 und all' den tausend entsetzlichen Tagen seither — bis zum Herbst 1918 und darüber hinaus.

Das Großbürgertum gibt sich Mühe, die Jahrestage des Völkermordes möglichst ohne viel Aufhebens vorübergehen zu lassen. Wir aber haben kein Verständnis für die ungenohote Verschwiegenheit von dieser Seite, sondern es ist unser brennendes Verlangen, unser alles feststehendes Urteil über die Kriegsbekehrten in diesen denkwürdigen „Jubiläums“-Wochen wiederum in alle Welt hinausposaunen. Und vornehmlich einer Gruppe von Kriegsfanatikern, Mordbekehrten und Siegfriedensheben muß bei dieser Gelegenheit die Larve vom Gesicht gerissen werden: jenen politischen Charlatanen und Gauklern, die heute mit ihrem geliebten Franz Josef sagen: „Wir haben es nicht gewollt.“ — jenen Volksbetrüggern, die damals unter dem Namen einer „Deutschen Arbeiterpartei“ die Geschäfte der Sabsburger und Hohenzollern, des Imperialismus und Kapitalismus betrieben und die heute unter dem Namen von „Nationalsozialisten“ und „Völkischen“, als Dalkreuzler und Revancheschürer die Politik der Vereinnahmung des Völkermordes, des Chauvinismus und des blutigen Mordes predigen. Diese „Nationalsozialisten“, deren eigene Weltkriegsdokumente wir in den folgenden Tagen zur freien Bestätigung übergeben werden, wagen es, im niedererschmetternden Bewußtsein ihrer Schuld, die Haltung der Sozialdemokraten während des Krieges zu bekritteln, unserer Partei, die in den Jahren vor dem Kriegsausbruch allein den härtesten, mutigsten Kampf gegen Kriegesgefahr und Kriegsbekehrte führte; sie wagen es, mit ein oder zwei Artikeln der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ zu parodieren, die, in den allerersten Kriegstagen geschrieben, doch nicht mehr und nicht weniger zum Ausdruck bringen, als daß die massenvergewaltigenden Lügen und Verdunkelungen so groß und

unerhört waren, daß sie für einen Augenblick auch das Auge einzelner Genossen trübten. Gegen eine solche Stelle, geschrieben von einem einzelnen, unter dem Eindruck der Gefahr einer zartrussischen Invasion in Mitteleuropa, stehen hunderte Stellen, Notizen und Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ und der übrigen sozialdemokratischen Presse schon aus den ersten Monaten, Wochen und Tagen der Kriegszeit, die Zeugnis ablegen, wie wir vom ersten Tag an zum Kriege standen. — Zwischen den riesigen weißen Flächen, mit denen die allmächtige, unumschränkte Zensur täglich jedes offene Wort austilgte, ist dennoch genug stehen geblieben, das der Nachwelt übermitteln, wie Tag für Tag die sozialdemokratische Presse den Kriegsfurien ihre Schlächen schlug, die weil die nationalen Zeitungen vor Schlachtfelder und Siegesbrunst sich förmlich überschlugen. Wir werden das gedruckte Wort der Sozialdemokraten von damals, die vergebens nach der Eröffnung der Parlamentstribüne schrien, den Worten und Gedanken gegenüberstellen, die zur gleichen Zeit in der nationalsozialistischen, kaiserstreuen Presse die Menschen betörten. Wir werden die Haltung der deutschen Sozialdemokratie aus der Zeit der ersten Kriegstage wieder spiegeln und damit das Urteil der Masse hervorrufen, nicht nur über die Nationalsozialisten, sondern auch über ihre Verbündeten, die Kommunisten, die den Antikriegstag zu einer Kampagne gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft benützen wollten. Damals haben sie nicht den Mund aufgetan, damals hatten sie, die doch zur Zeit, wir wollen hoffen, auch Sozialdemokraten waren, sich ins letzte Mäuseloch verkrochen, damals traten diese Schreier von heute höchstens den Weg zu den goldenen und silbernen Sternen an, spielten Leutnant Kreibitz, Leutnant Heller und Oberleutnant Bauer oder legten als der Dynastie ergebene Smerals dem Franz Josef ihre Schuldigung zu Füßen. Sie sollen uns doch sagen, wo damals, Jaures niedergeschossen wurde, die Sinowjews und Kadeks, die Tschischerus und Lunatscharlis, die Scholems, Brandlers und Ruth Fischers blieben? Vielleicht kann uns der „Vorwärts“ darüber Aufschluß geben, in welcher Offiziersmesse Herr Leutnant Kreibitz gerade tafelte und wo — Herr Oberleutnant Bauer gerade „eine“ Soldaten kuzonerte, als Fritz Adler die Welt durch seinen Revolverknall alarmierte!

Es scheint uns nach diesem wenigen, daß die Kommunisten nicht gut tun, ihr ohnehin rampo-niertes Ansehen gerade jetzt unserem Angriff aus-zusetzen. Doch mögen sie klaffen von „links“ und von rechts — wir gehen unseren Weg unbeirrt weiter, so wie wir ihn immer, auch in den Tagen von 1914, schritten. Und wie unbeirrt wir gingen, das wollen wir in den nächsten Tagen aufzeigen, die zur gleichen Zeit der schonungslosen Anprangerung der Denksprüche Sabsburgs und Hohenzollerns dienen sollen.

heerenden Wirkungen der Zerspaltung vor Augen zu führen, haben nicht vermocht, die Herzen von ihrem Beschluß abzubringen. Sie haben sich durch keine wie immer gearteten Mittel abbringen lassen, davon, die Krankenkassen ihren gegenwärtigen „Gewaltshabern“ zu entreißen, und sich selbst als „Sozialpolitiker“ zu entkleiden. Sie sind auf das Argument, daß früher die Wahlen nach dem Majoritätsprinzip durchgeführt wurden, wohingegen jetzt die Zusammenlegung der Verwaltungsorgane nach dem Prinzipie des Verhältniswahlrechtes vorgesehen ist, daß demnach

alle Parteien entsprechend ihrer Stärke vertreten sein werden, gar nicht eingegangen. Sie haben auch die Fülle von Material, die wir ihnen zu unterbreiten in der Lage waren und durch welches nachgewiesen wurde, wie traurig es um die Verhältnisse bei einem Großteil der aufgelösten Krankenkassen bestellt war, kaum beachtet. Daß bei sachlicher Betrachtung der Zweckmäßigkeit nur die Einheitskasse zur Grundlage dienen kann, erhellt auch aus dem erschöpfenden Motivenbericht zur Regierungsvorlage. In demselben wird ausgeführt: „Allerdings ist zu erwägen,

daß eine Vermehrung der Anzahl der Krankenversicherungsanstalten gegenüber der ursprünglich angenommenen Zahl eine Erhöhung des Verwaltungserfordernisses der Invaliditäts- und Altersversicherung bedeutet, und zwar sowohl bei der Zentralanstalt als auch bei den Krankenversicherungsanstalten. Außerdem erhöht sich auch das Verwaltungserfordernis der Krankenversicherung.“ Trotzdem also im Motivenbericht ausdrücklich hervorgehoben wird, daß der finanzielle Aufbau der Vorlage und insbesondere die Errechnung der Höhe der Verwaltungskosten basiert haben auf der Einheitskasse und trotzdem mit aller Deutlichkeit gesagt wird, daß jede Änderung in der Organisationsform naturgemäß wendig zur Folge haben muß eine Erhöhung der präliminierten Verwaltungskosten, wird ohne Bedenken dem politischen Machtgelüste gewisser Parteien in dieser grundlegenden Frage Rechnung getragen.

Es ist also nunmehr festgelegt, daß in jedem politischen Bezirke nicht nur eine Bezirkskrankenversicherungsanstalt, sondern auch eine Krankenversicherungsanstalt für Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter zu errichten ist. Die am 1. Jänner 1924 bestehenden Betriebskrankenkassen bleiben aufrecht. Eine Genossenschaftskasse, die am 1. Jänner 1924 wenigstens 4000 Mitglieder hatte und eine Gremialkrankenkasse, die an diesem Tage 2000 Mitglieder hatte, bleiben bestehen. Eine Vereinskrankenkasse, die nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom Jahre 1852, RGBl. Nr. 253, errichtet ist, bleibt bestehen, wenn sie am 1. Jänner 1924 4000 Mitglieder hatte. Eine registrierte Hilfskasse, die nach dem Gesetze vom 16. Juni 1892, RGBl. Nr. 202, errichtet worden ist, der vor dem 1. Juni 1919 die Beschneidung erteilt wurde, bleibt bestehen, wenn sie am 1. Jänner 1924 wenigstens 4000 Mitglieder hatte. Eine registrierte Hilfskasse schließlich, welche vor dem 1. Jänner 1924 für den Krankheitsfall bloß solche Personen versichert hat, welche nach dem Gesetze der Pensionsversicherung der Privatangehörigen unterworfen sind, kann in Tätigkeit bleiben, falls sie am 1. Jänner 1924 wenigstens 2000 Mitglieder hatte. Sie muß aber dann ihre Tätigkeit lediglich auf diese Mitglieder erstrecken. Bei den registrierten Hilfskassen können nicht Personen versichert sein, auf welche Pensionsversicherungspflicht durch das Gesetz vom 5. Feber 1920, S. v. G. u. V. Nr. 89, erweitert wurde.

Die Lösung der Frage der künftigen Organisation der Unterstellen für die Sozialversicherung ist also eine derartige, daß sie zum schärfsten Proteste herausfordert. Der Kreis der Personen, die mit uns den Stand der Einheitskasse theoretisch vertreten, die aber, um das Wert der Sozialversicherung unter Dach und Fach zu bringen, zu weitgehenden Konzessionen bereit sind, beruft sich darauf, daß unsere Organisation der untersten Stellen noch immer standzuhalten vermag gegenüber den Verhältnissen im Auslande. Diesem Argumente gegenüber muß darauf verwiesen werden, daß die Organisation der Sozialversicherung in Deutschland in einer Zeit erfolgt ist, in welcher die Arbeiterschaft einen geringfügigen politischen Einfluß hatte. Es müßte gerade aus den Erfahrungen im Auslande die Lehre abgeleitet werden, daß die zunehmende Macht und Stärke der Arbeiterschaft nicht vermocht hat, an diesen Zuständen, die allgemein als ungesund betrachtet werden, etwas zu ändern. Soweit wir die Verhältnisse der Tschechoslowakei zu überblicken vermögen, müssen wir sagen, daß auch bei uns in absehbarer Zeit an der Organisationsform eine wesentliche Änderung kaum herbeigeführt werden wird.

Die Verbände der Krankenkassen, die sich seit dem Jahre 1917 so glänzend bewährt haben und denen es vornehmlich zu danken ist, daß alle Ver-

Die kleine Lotte. (43)

Von Simone Vobéde.

Uebersetzt von Dr. Anna Rukbaum, Copyright by Interliterarischer Verlag „Renouveau“, Wien.

Sie schweigt, ein wenig erschrocken über ihre Kühnheit, laucht den Köpfel in den Keller, den der Keller vor sie gesetzt, und um das Schwere zu brechen, das ihr peinlich ist, fragt sie unüberlegt:

„Sie sind Anarchist?“
 „Wahrhaftig. Wer hat es Ihnen gesagt?“
 Der Ton ist ziemlich ironisch. Charlotte fühlt sich dumm, schwachhaft, stammelt:
 „Martha.“
 „Die hübsche Person, die letzten Abend mit Ihnen war?“
 „Ja.“
 „Sie wäre sehr angenehm, schließlich ist sie nicht ein, Sie arbeitet mit Ihnen?“
 „Ja.“
 „Sie geben es mit ihr aus?“
 „Sichtlich oft.“
 „Es ist nicht das Beste, was Sie tun können.“
 Charlotte erötet, wird blaß:
 „Sie ist sehr gut, ich hab sie sehr lieb.“
 „Ich habe Sie verlesen, verzeihen Sie. Sie sind aufrichtig. Ich könnte „Anarchist“ sein, habe vielleicht bestimmende Gründe dafür, aber ich bin es nicht weil es sich nicht lohnt. Ich bin sehr gealtert. Fräulein hat zwei Tögen.“

Charlotte hebt, zum erstenmal, die Augen zu ihm auf. Er hat ein sehr schönes, barockes Gesicht, regelmäßige Züge. Seine offene freie Stirne unter den blonden, aufrechtstehenden Haaren gibt ihm ein kluges Aussehen. Die großen, klaren, blauen Augen sehen gerne ins Weite. Plötzlich

scheint er ihrer gewahr zu werden, lächelt ihr zu. Es ist ein sehr sanftes, kindlich enttäuschtes Lächeln.

„Man sieht es mir vielleicht nicht an, aber die Dinge, die man nicht sieht, existieren ja vor allem. Vor zwei Tagen, glaube ich noch, um sich nützlich zu erweisen, genüge es, zu wollen, und ich habe nur verstanden, Sie leiden zu machen. Doch, ich sehe es ja. Ich habe vergeblich nachgedacht, wie ich Ihnen wirksam helfen könnte. Ich fand gar nichts. Aber, wenn es so einfach wäre, wäre es nicht interessant. „Nur immer vorwärts“, sagt d'Alembert... Verzeihung, Sie kennen ihn nicht.“

„Das war ein Philosoph aus der Zeit von Diderot.“

Er blickt sie an, ein wenig überrascht, setzt ruhig fort:

„... und der Glaube wird euch kommen. Wollen Sie?“

„Ich will alles, was Sie wollen.“
 Er macht eine Bewegung der Ungeduld:

„Sie sagen eine Dummheit, ich meine, Sie haben unrecht. Man muß nur wollen, was man selbst will. Das ist schon genügend schwierig. Augenblicklich bin ich schon froh, zu wissen, daß ich möchte, Sie äßen zu Abend. Wünschen Sie etwas anderes, bitte, äußern Sie sich.“

„Gern.“

„Wäre meine Schwester in Paris hätte ich Sie zu ihr gebracht; das ging leichter. Aber es ist mir auch recht, etwas aus eigenen Kräften zu unternehmen...“

Charlotte schaut ihn an, sie denkt an diese Schwester, die außergewöhnlich genug wäre, um ein junges Mädchen bei sich zu empfangen, das man im Moulin Rouge angetroffen. Er deutet es nicht so lächelnd ihr wieder zu, sagt:

„Ich sehe, daß ich mich nicht recht verständlich mache. Sie essen nur zu meinem Vergnügen,

nicht zu dem Ihrigen. Ich habe auch gedacht, daß mich überhaupt nicht mehr mit Ihnen zu beschäftigen, besser wäre, als irgend etwas. Aber der Gedanke ist doch zu niederdrückend. Jetzt ist es zu spät. Der Friedhof, auf den Sie Ihre Kamerabin gebracht, ist viel weiter als Ihre Wohnung?“

„O ja.“

„Sie sind zu Fuß gegangen?“

„Natürlich.“

„Sie gehen gerne zu Fuß?“

„Ich gehe immer zu Fuß.“

„Ich auch. Nicht in Paris, die Leute ärgern mich. Wenn ich zu Fuß gehe, hab ich Hunger. Uebrigens auch, wenn ich nicht gehe. Sie müssen irgend etwas haben, weil Sie so wenig hungrig sind. Sonia würde Ihnen Eier vorschreiben, glaube ich.“

„Sonia?“

„Sophie, meine Schwester, sie ist zweiunddreißig Jahre alt, Algierin. Sie vertritt meine Mutter. Es ist nicht möglich, ihr ungeschonam zu sein. Kümmeren Sie sich nicht um mich, ich bitte darum, und essen Sie für sich selbst.“

Charlotte willigt ein. Er zu nehmen, da es die Schwester so will. Sie stellt sie sich als ein ideales Wesen vor. Von göttlicher Güte, außerordentlich gelehrt. Sie ist auf den Rat ihres Gefährten auch eine Creme. Aber sie wachte nicht zu sagen, woraus sie besteht. Erst als sie ihr Glas vor dem Fortgehen leert, bemerkt sie, daß er ihr, seit Anfang der Mahlzeit Milch hat einschenken lassen, während er Wasser trinkt.

Wie am anderen Abend nehmen sie einen Wagen, fahren in die Champs-Elysees. Er ist schweigsam. Charlotte meint, sie sollte sprechen. Findet nur Fragen, die sie nicht zu stellen wagte. Gewiß, Martha hat unrecht zu behaupten, daß man ihm nicht trauen dürfe. Aber er ist recht felt-sam. Was wir er jetzt tun?

Er bringt sie in das erste Stockwerk eines Rastehauses, in ein kleines Zimmer; niemand ist da. Im Nebenraum macht man Musik. Er bestieht Tee und Kuchen, wirft die Fäden des jungen Mädchens zugleich mit seinem Ueberzieher in eine Ecke des Sofas, bittet Lotte, niederzusenken, schließt die Tür, nimmt ihr gegenüber Platz. Lächelnd:

„Ich warne Sie: jetzt werde ich Untersuchungsrichter spielen. Sie haben keine Angst vor mir?“

„Nein...“

„Ja? Nein?“

„Nein, nein.“

„Also, bitte — tun Sie, als wäre ich nicht da. Sind Sie nachhaftig?“

„Ein wenig.“

„Ich danke Ihnen. Ich bin es zu sehr. Das entschuldigt mich etwas. Essen Sie, Fräulein, damit weniger für mich bleibt. Außer Fräulein Martha haben Sie keine anderen Freundinnen?“

„Doch, Armandine.“

„Aehnlich?“

„Nein — das heißt...“

„Ebenso?“

Charlotte bemüht sich, zu erklären, was Armandine ist; was sie von Martha unterscheidet; sie lebt von ihrer Arbeit. Das junge Mädchen er-zittert leicht. Der junge Mann scheint erstaunt, macht keine Bemerkung, fragt:

„Sie haben gar keine Angehörigen mehr?“
 „Ich habe meine Eltern.“
 Er schaut sie starr an. Sie erinnert sich plötzlich, ihm gesagt zu haben, daß sie keine Mutter habe. Sie wird blaß, erötet:
 „Ich habe Sie belogen, aber — doch nicht, es ist dasselbe.“
 „Ah,“ er schaut sie nicht mehr an, „wollen Sie es mir erklären?“

(Fortsetzung folgt.)

Hakenkreuzler unter sich.



„An unserem Wesen soll die Welt genesen.“

änderungen, die seit dem Jahre 1917 an der inneren und äußeren Struktur der Krankenversicherung vorgenommen wurden, so reibungslos vor sich gegangen sind, waren nach der ursprünglichen Fassung der Vorlage auf das Aussterbestat gesetzt. Im § 267 der Vorlage wurde bestimmt, daß die Verbände der Krankenkassen bis zu jenem Zeitpunkte in Wirklichkeit zu bleiben haben, bis die Zentralsozialversicherungsanstalt errichtet sein wird. Im § 93 wurde es wohl den Kassen freigestellt, sich zu Verbänden zu vereinigen. Der Unterausschuß des sozialpolitischen Ausschusses hat unserem Antrage auf Obligatorium der Kassenverbände zugestimmt und es hat auch der sozialpolitische Ausschuß beschlossen, den Wirkungsbereich der Verbände innerhalb der Sozialversicherung so festzusetzen, wie es im Artikel 4 des Gesetzes vom 20. November 1917, RGBl. 3. 457, und nach dem Artikel 19 vom 15. Mai 1919, Zahl 268 S. d. G. u. V., festgelegt erscheint. Einen breiten Raum hat in der Debatte die Frage eingenommen, welches Organ über den Beitritt einer Krankenversicherungsanstalt zum Verbandsverbande entscheiden soll. Die Vertreter der tschechischen Agrarier haben diese Entscheidung vorerst der gemeinsamen Beratung des Vorstandes und Ueberwachungsausschusses vorbehalten wollen und wären bereit gewesen, einer Lösung zuzustimmen, nach welcher dem Ueberwachungsausschusse wenigstens das Einspruchsrecht eingeräumt wird. Es wurde aber schließlich unser Antrag, nach welchem über den Beitritt der neu gewählte Vorstand zu entscheiden hat, genehmigt.

Das Streben nach Dezentralisation der obersten Verwaltungsinstanz, für welche die Zentralsozialversicherungsanstalt in Aussicht genommen worden ist, war nicht von Erfolg begleitet. Man glaubte den sachlichen und auch den nationalen Bedürfnissen voll zu entsprechen durch die Errichtung einer Anstalt in der Tschechoslowakischen Republik. Wir werden ja dann bei der Erörterung der Frage der Verwaltung die Möglichkeit haben, uns damit zu beschäftigen, ob diese Behauptung zutrifft.

Eine wesentliche Verschlechterung der Vorlage und ein Reichthum für den Geist, von welchem die Koalition beherrscht wird, erblickt man auch darin, daß das Ministerium für soziale Fürsorge seine Macht vielfach teilen muß mit dem Minister des Innern, mit dem Finanzminister und mit dem Minister für Gesundheitswesen.

(Fortsetzung folgt.)

Sepp Wajlit griff zur Feder...

Einen langen Aufsatz, übersprudelnd von Freude über den — mittlerweile wieder verloren gegangenen — Sieg, den er über Karl Kraus abgongetragen, schrieb er für den „Tag“. Er hätte es nicht tun sollen. Zwar war er auch dann kein Philosoph gewesen, wenn er geschwiegen hätte, — aber er hätte sich doch ein bißchen weniger blamiert. Nicht vor seinen Parteigenossen hat er sich lächerlich gemacht, nicht vor den völkischen Lesern des „Tag“. Vor denen kann sich durch Offenbaren der Eigenschaften, die Sepp Wajlit in seinem Aufsatz zeigte, niemand blamieren. Sie merken ja gar nicht, seine Leser, daß er die Sache, über die er schreibt, nicht kennt. Sie wissen so wenig wie er, — wie könnte da der eine vor den anderen sich blamieren? Aber ob es demselben Sepp Wajlit, der seinen Lesern gerade durch jene besondere Eigenart, die typisch ist für die völkischen Zeitungsschreiber, zu imponieren vermag, wirklich ganz gleichgültig ist, wie er in urtheilsfähigeren Kreisen erkannt und gewertet wird?

Der wadere Schriftleiter sagt in seinem Aufsatz: — „Wir halten es für ganz überflüssig, auf das abgelehnte berüchtigte Tendenzstück, in welchem deutscher Heldennut und deutsche Heldengröße im Stote herumgeschleift werden, näher einzugehen, sondern wollen lediglich darauf verweisen, daß dessen Autor, der Jude Karl Kraus, der Herausgeber der berüchtigten Pestschrift „Die Fackel“ ist.“ — Und wenn es der Sepp Wajlit nicht für „ganz überflüssig“ hielte, auf das Stück näher einzugehen, — ja, wenn er sogar für notwendig hielte, sehr genau dar-

auf einzugehen — er könnte es nicht, weil er das Stück gar nicht kennt! Er hat es in der Intendantenzugung selber zugegeben! Nun, Herr Sepp Wajlit, was würden sie denn von Leuten sagen oder doch wenigstens denken, die über Dichtungen Ihres Bruders schimpfen und sie verurteilen, ohne sie gelesen zu haben? Ihnen genügt es, gehört zu haben, gelesen zu haben, daß Karl Kraus ein Jude ist, um ihn zu verurteilen!

Dumpf und dunkel scheint Sepp Wajlit doch empfunden zu haben, daß man selbst den Lesern des „Tag“ doch mehr sagen muß, als daß man auf ein Stück, das ein Jude schrieb, nicht näher einzugehen braucht. Also verweist er darauf, daß Karl Kraus der Herausgeber der „Fackel“ ist. Ihr wißt doch: der „Fackelkraus“! Brauch ich euch noch mehr zu sagen? Sepp tut sogar noch ein übriges: er redet sogar noch von der „Fackel“. Indem er so tut, als würde er die „Fackel“ kennen, sucht er den Eindruck zu erwecken, als würde er überhaupt wissen, wer Karl Kraus ist. Aber der Versuch mißlingt. Indem Sepp Wajlit von der „Fackel“ redet, beweist er nur, daß er auch sie nicht kennt: „Auf die verschiedenen Schandaufsätze, die in diesen Heften erschienen sind, besonders hinzuweisen, müssen wir uns heute ersparen. Es wird jedoch genügen, wenn wir nur noch ergänzend bemerken, daß der „Fackelkraus“ nicht nur der Herausgeber der vorgenannten Zeitschrift, sondern auch deren geistiger Leiter ist, und daß er selbst eine Anzahl von deutschfeindlichen Aufsätzen veröffentlicht.“ — Nicht nur Herausgeber, sondern sogar geistiger Leiter der „Fackel“ ist Karl Kraus! Welche Enthüllung! Aber Sepp Wajlit hätte sie, die seinen Lesern das Gruseln beibringen soll, gar nicht gemacht, wenn er gewußt hätte, daß Karl Kraus nicht nur der geistige Leiter der „Fackel“ ist, sondern daß diese von der ersten bis zur letzten Zeile sein geistiges Eigentum ist, daß er in ihr nicht nur „selbst“ eine Anzahl Aufsätze veröffentlichte, sondern daß er die Fackel ganz allein schreibt, daß es andere Aufsätze als die von Karl Kraus in der „Fackel“ überhaupt nicht gibt. Manche dieser Aufsätze waren allerdings ganz einseitig deutschfeindlich. Einmal richtete sich ein ganzes Heft gegen das schlechte Deutsch, das so viele Deutsche sprechen und schreiben. Man kann das wohl nur als besondere Tüde gegen die völkischen Schriftleiter ansehen. — Aber um nicht vom Thema abzuweichen: Sepp Wajlit hat auch bewiesen, daß er die „Fackel“ nicht kennt.

Und das hätte mit deutscher Kultur nichts zu tun, daß in diesem Lande Menschen, die keine Literaturkenntnis haben, über die Literatur zu Gericht sitzen? Das wäre keine Kulturshande? Wenn es nicht als solche empfunden wird, — umso größer die Schande! Die Schmach selber bleibt bestehen!

Ueber das, was Kultur ist und was Kunst ist, über das, was „deutsch“ ist, sich mit Hakenkreuzlern auseinandersetzen zu wollen, wäre hoffnungsloses Beginnen. Deutsche gibt es, die in den klassischen Philosophen und Dichtern Deutschlands Repräsentanten des Deutschthums sehen, die sich aus den Ideen Kant's und Fichtes und Marxens ihre Welt gebaut haben, — und Deutsche gibt es, die ihre Vorbilder in Liden-dorff und Hitler sehen. Zwischen ihnen sind Abgründe aufgerissen, die völkische Gemeinplätze nicht überbrücken können. Todfeinde jenes völkischen Gedankens, der im „Tag“ von einem Sepp Wajlit gepriesen wird, Todfeinde eines solchen völkischen Gedankens sind wie Karl Kraus auch wir, aber die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter waren es, ehe noch Karl Kraus eine Zeile geschrieben hatte. Denn Aufstieg der Arbeiter zu Menschenwürde und Freiheit hängt davon ab, daß jene Barberei des nationalen Hasses, des Krieges, der Gewaltanwendung, die, ohne mit Denken etwas zu tun zu haben, als völkischer Gedanke bezeichnet wird, überwunden werden.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Inland.

Die Getreidezölle kommen doch!

Nach der „Tribuna“ schon in den nächsten Tagen.

Wie die „Tribuna“ meldet, steht die Einführung der Getreidezölle in den nächsten Tagen bevor. Sie werden im Wege einer Regierungsverordnung, zu der die Regierung durch die Gesetze vom 20. Februar 1919 und 12. August 1921 berechtigt ist, erfolgen. Im Paragraphen drei des Gesetzes von 1919 heißt es: Der Finanzminister kann in Uebereinstimmung mit dem Handels- und Ueberbauminister für bestimmte Gattungen von Waren die Zölle erniedrigen oder aufheben. Die Parlamentsferien werden kein Hindernis für die somit erfolgende Wiedereinführung der Getreidezölle bilden. Für die autonomen Zölle soll der Koeffizient sechs, für verbrauchsmäßige Zölle der Koeffizient drei zur Anwendung kommen. Die Verordnung wird sofort nach ihrer Publikation in Kraft treten. Nur für nachweisbar auf dem Transportwege befindliches Mehl und Getreide werde die Einfuhr bewilligt werden. Weitere Einfuhrbewilligungen werden nicht mehr erteilt. Man denke auch bereits an die Bewilligung gewisser zollfreier Kontingente. Einzelne slowakische Kreise verlangen, da sich die Ernte nähert und die Getreidepreise ungewöhnlich gedrückt sind, die baldigste Verwirklichung dieser Forderung. Die „Tribuna“ will weiters erfahren haben, daß bereits im tschechoslowakisch-österreichischen Handelsvertrage der österreichischen Republik Vertragszölle zugesichert sein werden.

Zu dieser Meldung der „Tribuna“ stellt das offiziöse „Prager Abendblatt“ fest: Es ist zu bezweifeln, daß die Einführung der Getreidezölle schon in den nächsten Tagen erfolgen wird, da wichtige industrielle Fragen, die die Getreidezölle präjudizieren, vorher bereinigt werden müssen. Die Verhandlung über die Wiederherstellung der Getreidezölle bedeutet übrigens bei uns kein Novum, da bereits im August des verfloffenen Jahres diese Frage erwogen wurde.

Man kann demnach nach dieser offiziellen Feststellung als Tatsache annehmen, daß die Getreidezölle — zwar nicht „schon in den nächsten Tagen“ — aber in absehbarer Zeit verwirklicht werden.

Ausland.

Die faschistische Petroleumkorruption.

Hintergründe des Matteotti-Mordes.

Mit der Ermordung Matteottis haben die Führer der faschistischen Bewegung in Italien den Kenner einer bisher streng gehaltenen Korruptionsaffäre aus dem Wege geräumt. Matteotti hatte Kenntnis erhalten über die Schiebungen führender Männer der faschistischen Partei mit dem italienischen Besitz an rumänischen Petroleumquellen.

Die italienische Regierung hat vor längerer Zeit in Rumänien Petroleumquellen gekauft, um sich in der Petroleumversorgung unabhängig halten zu können. Mussolini hatte angeordnet, daß diese Petroleumbrunnen durch eine Reihe italienischer Gesellschaften ausgebeutet werden sollten. Diese Gesellschaften wurden gegründet. Alle Aktien befanden sich in italienischen Händen und zum größten Theile in den Händen der Regierung. Mussolini hatte sich infolge der Notwendigkeit, sich mit anderen wichtigen Dingen zu beschäftigen, nicht mehr darum kümmern können. Aber unter seinem Schatten kümmerten sich andere darum. Durch Vermittlung von Filippelli, des Direktors des „Corriere Italiano“ wurde ein in Paris wohnender italienischer Finanzier beauftragt, die Aktien der Petroleumgesellschaft zu einem über dem offiziellen Kurs liegenden Preise zu verkaufen. Der Gewinn sollte zwischen dem Finanzier und den interessierten Beamten des italienischen Ministeriums des Innern geteilt werden. Der Finanzier verhandelte zunächst mit Amerikanern und verkaufte ihnen die Aktien oder

unterschied wenigstens ein Verkaufsversprechen. Das Geschäft mit den Amerikanern zerfiel jedoch am Ende, trotzdem der Finanzier persönlich über den Ocean gefahren war. Er knüpfte deshalb mit einer englischen Finanzgruppe an, die ohne Besinnen jeden Preis für die Majorität der Aktien der italienischen Gesellschaft zahlte. Dabei wurde ein Gewinn von sechs Millionen Lire erzielt von dem zwei Millionen eine italienische „Exzellenz“ und die anderen vier Millionen die „Mitarbeiter“ erhielten.

Matteotti hatte die Beweise für diesen faschistischen Petroleumskandal in Händen. Sie befanden sich in den Akten, die er auf dem Wege zum Parlament bei sich trug, um am selben Tage in der Kammer diese Korruptionsaffäre zu enthüllen. Auf dem Wege zu diesem Vorhaben wurde er von den faschistischen Verbrechern aufgehoben und dann ermordet.

Zeit bekannt war, daß Matteotti um die Geheimnisse wußte, ist der italienische Finanzier in Paris beauftragt worden, die Petroleumaktien den Engländern um jeden Preis wieder abzulösen. Es scheint, daß Mussolini selbst das Geld dafür beschafft hat, um dem gegenwärtigen Regime die Schande zu erparieren.

Telegramme.

Das Urteil im Münchner Kommunistenprozeß.

München, 15. Juli. (Wolff.) Heute wurde im Münchner Kommunistenprozeß das Urteil verkündet. Landtagsabgeordneter Gög wurde zu sechs Monaten, Landtagsabgeordneter Büchs zu einem Monat, Schriftsteller Dr. Frank-Berlin zu sieben Monaten und die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von fünf Tagen bis zu sechs Monaten verurteilt. Sieben Kommunisten wurden freigesprochen, da ihre Behauptung, daß es sich nur um eine Besprechung anläßlich der Gemeinbewahlen gehandelt habe, nicht widerlegt werden konnte.

Englands nächste Bollerbund-Delegation.

London, 15. Juli. (A. N.) Lord Barmoor erklärte gestern im Unterhause, daß England an der Septembertagung des Bollerbundes der Ministerpräsident als Führer der englischen Delegation vertreten wird. Ein zweites Mitglied der Delegation werde er, Lord Barmoor, sein, weitere Delegierte sind Minister des Innern Henderson und Prof. Gilbert Murray, welcher den Ministerpräsidenten vertreten wird, sollte dieser gezwungen werden, Genuß zu verlassen.

Was die Frage des Schutzes nationaler Mineralreichtum in Polen anbelangt, teilte Barmoor mit, daß die polnische Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, alles zu tun, was in dieser Sache unter so schwierigen Umständen getan werden könne. Lord Phillimore wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses ernannt, welcher die Bedingungen zu regeln hat, unter welchen der Ausgleich zwischen der polnischen Regierung und den deutschen Kolonisten vor sich gehen soll.

Neue Regierungstrife in Polen.

Warschau, 15. Juli. Den Blättern zufolge ist die Kabinettstrife derart fortgeschritten, daß noch im Laufe dieser Woche eine Neubildung des Postens des Außenministers und des Unterrichtsministers erfolgen dürfte. Die ursprüngliche Absicht, das außerparlamentarische Gebraue des Kabinettes beizubehalten und das Portefeuille des Außenministers dem polnischen Delegierten beim Bollerbund Alexander Strzyski, und das Unterrichtsministerium dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bonikowski anzuvertrauen. Der Ministerpräsident beabsichtigt sein Kabinett durch politische Individualitäten zu verstärken, indem er die beiden Schöpfer der Minoritätengesetze, den Führer der radikalen Volkspartei Thugut als Innenminister und den Führer der Nationaldemokraten Abg. Stanislaus Grabski als Unterrichtsminister in das Kabinett aufnehmen will.

Sinowjew über Auslands- und Parteiangelegenheiten.

Eine Rede auf dem kommunistischen Jugendkongreß.

Moskau, 15. Juli. (AP.) Auf dem Kongreß des Verbandes der kommunistischen Jugend in Rußland legte Sinowjew die internationale Lage dar. Bei Behandlung der bevorstehenden Londoner Konferenz sprach er die Meinung aus, daß in den nächsten Jahren wenigstens in zehn europäischen Staaten die zweite Internationale zur Regierung kommen wird und daß unter ihren Auspizien die beschleunigten Vorbereitungen zu einem bewaffneten Konflikt werden fortgesetzt werden. (1) Als er über die Forderungen der englischen Bourgeoisie sprach, die eine volle Entschädigung für die durch die russische Revolution erlittenen Verluste fordert, bemerkte er: Sie können eine Entschädigung nur in dem Falle erlangen, wenn sie uns eine neue Anleihe gewähren. Die Verhandlungen unserer Delegation mit der englischen Regierung treten in kurzer Zeit in eine neue Phase. Bei Behandlung des Verhältnisses zu Frankreich stellte er die Verzögerungen in der Anerkennung damit klar, daß Herrriot sich nicht als geringerer Patriot als Poincare zeigen

will. Außerdem sind diese Herren der Ansicht, daß sie imstande sein werden, von uns Milliarden Goldrubel herauszureißen, wenn sie noch ein bißchen warten. Wir legen der de jure-Anerkennung keine Bedeutung bei. Wir haben Interesse an dem internationalen Handel und an den internationalen Handelsbeziehungen. In dieser Hinsicht besteht kein Grund zu einer Beunruhigung, denn die Dinge entwickeln sich hinreichend befriedigend.

Auf die innere Lage übergehend, konstatierte Sinowjew ein gewisses Minus in der Landwirtschaft, d. h. die nicht vollbefriedigende Ernte in einer ganzen Reihe von Gegenden.

Auf die Aufgaben der jungen Lenin-Garde übergehend unterstrich Sinowjew, daß gleichzeitig mit dem Wachsen des Verbandes der kommunistischen Jugend auch die junge Bourgeoisiegarde wächst, welche letztere bisher nicht bedeutend ist, die aber unter gewissen Bedingungen eine hinreichend ernste Mehrheit werden kann. Diese Bourgeoisiegarde rekrutiert sich aus den „Rep“-Studenten. Wir müssen im Gedächtnis behalten, daß wir siegen können, nicht nur durch die bloße Masse und die Organisation, sondern auch durch die Qualität. Durch die bloße Anwendung mechanischer Mittel und durch Gewaltanwendung können wir nicht siegen. In dieser Angelegenheit (Kampf der beiden Garden, Red.) muß man sich einer seriöseren Prüfung unterwerfen und der Kongreß muß sich dessen voll bewußt sein. Als zweite Hauptfrage für die Tätigkeit der Leninischen kommunistischen Jugend betrachtet Sinowjew die Tätigkeit des Verbandes in den Dörfern. Hier besteht die Hauptaufgabe darin, den Analphabetismus unter den Mitgliedern des „Komsomol“ (Kommunistischer Sojus der Jugend) zu beseitigen. Weiter muß man sich um die schaffenden Zweige der um Lohn arbeitenden Landbevölkerung kümmern, die die Grundfrage im Dorfe bilden wird und diese Schicht auf eine solche Stufe heben, daß sie die Führung des Dorflebens in seine Hände nimmt.

Sozialistische Geburtenpolitik.

Nachfolgende Darstellung ist der Broschüre Dr. med. Karl Kautsky's „Der Kampf gegen den Geburtenrückgang“ entnommen, die eben im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschienen ist.

Nicht die Mittel des Geburtenrückganges müssen wir bekämpfen, sondern seine Ursachen. Diese prinzipielle Erkenntnis unter der Arbeiterklasse zu verbreiten, erscheint uns viel wichtiger, als durch den scheinbar radikalen Kampf gegen einen einzelnen Gesetzesparagrafen eine Art Wunderglauben zu säen, dessen Erfüllung nur zu schweren Enttäuschungen führen müßte. Denn daran müssen wir festhalten: die Unterbrechung der Schwangerschaft ist in jedem Falle ein brutales, unnatürliches und unter keinen Umständen gefährloses Mittel. Wir können sie in Fällen höchster gesundheitlicher oder sozialer Not vielleicht als kleineres Übel von zweien ansehen, als letzte, äußerste Notwehr in dieser harten Zeit, die aus der Brutalität des Krieges gezeugt, auch in ihren gesellschaftlichen Methoden roh und unmenschlich geworden ist. Darüber zu greinen, steht denen schlecht an, die, wie die Kapitalisten, Gold aus Menschenblut gemünzt oder, wie die Priester, die Wodwaffen gesegnet haben.

Aber wir müssen doch danach trachten, den künstlichen Abortus mehr und mehr zu verdrängen durch die Geburtenverbütung. Wir müssen durch Aufklärung dafür sorgen, daß die Erkenntnis, wie schädlich und gefährlich der Abortus ist, in die weitesten Kreise dringt. Freilich müssen wir uns stets dessen bewußt bleiben, daß wir damit eine zweischneidige Waffe in die Hände der Bevölkerung legen, daß wir dem Individualismus und der schrankenlosen Selbstsucht Beschub leisten, die in unserer wurzelloren Zeit jeden Gedanken an ein stärksten phylogenetischen Antriebs zur Ainderaufzucht verdorren lassen.

Indessen gerade wenn wir dessen stets eingedenk bleiben, werden wir einen neuen starken Anstoß dadurch erhalten, den Kampf gegen den Geburtenrückgang ursächlich zu führen. Worauf es ankommt, das ist die Auerweckung des Willens zum Ainde. Diese ist letzten Endes natürlich nur möglich dadurch, daß alle Bedingungen zum Fortfall gebracht werden, welche wir oben als Ursachen des Geburtenrückganges angeführt haben. Wir haben den letzten psychologischen Grund zur Geburtenbeschränkung darin gesehen, daß das Individuum in der kapitalistischen Gesellschaft losgelöst ist von allen schirmenden Bedingungen und schutzlos auf sich selbst gestellt ist. Je mehr dies dem Individuum zum Bewußtsein kommt, umso größer der Antriebs zur individualistischen Selbsthilfe, die jede Verpflichtung gegenüber dem Gesamtinteresse der Gesellschaft leugnet.

Was wir also brauchen, ist gesellschaftlicher Schutz der dem Arbeiter unter allen Umständen die Möglichkeit gewährleistet, seine Kinder großzuziehen unter Erfüllung der hygienischen und kulturellen Ansprüche, die der moderne Proletarier an die Gesellschaft stellt.

Bausteine dazu sind vorhanden. Einer der bedeutendsten ist die Kinderversicherung.

*) Es wäre Aufgabe öffentlicher Körperchaften, vor allem der Krankenkassen, Schutzmittel in anständiger Qualität durch ihre Ärzte abgeben zu lassen, um die Bevölkerung vor Gesundheitsgefährdungen und Wucher zu schützen, so wie es heute schon der private Bund gegen den Mutterchaftszwang durchführt.

Frontsoldaten, vergeßt nicht die Höllequalen des Weltkrieges!

die darin besteht, daß die Gesamtheit der Unternehmener eine Steuer pro Kopf der bei ihnen beschäftigten Arbeiter an einen gemeinsamen Fond abführt, aus dem dann diejenigen Arbeiter Zulagen erhalten, welche Kinder haben. Das Prinzip ist selbst in den Stürmen der Reaktion erhalten geblieben, wenn es auch praktisch durch die Entwertung der Krone bei uns aufgehoben worden ist.

Wichtig ist ein weiterer Ausbau des Mutter-schutzes. Dieser müßte systematisch einsehen von den ersten Schwangerschaftswochen ab. Viele Schwangere sind in dieser Zeit, in der sie sich besonders elend fühlen, nur zu leicht geneigt, ihr Los für unentzählich zu halten und sich durch Abtreibung davon zu befreien. Es genügt in zahlreichen Fällen, sie durch vernünftiges Besprechen und praktische Hilfe davon abzuhalten. Wenn Schwangerschaftsstützen existieren würden, in denen Ärzte und Fürsorgerinnen tätig wären, so könnten sie unendlich viel Gutes leisten, etwa durch Vermittlung von Wohnungen, von Arbeitsplätzen, durch Besprechungen mit den Kindesvätern oder den Eltern der Schwangeren, durch Nachweis von Entbindungsmöglichkeiten usw. Die Schwangerschaftsstützen wären auch das geeignete Organ dafür, festzustellen, ob gegebenenfalls die soziale Induktion zur Unterbrechung der Schwangerschaft vorliegt oder nicht. Diejenige städtischen oder staatlichen Fürsorgestelle würde auch die Aufgabe obliegen, als die Gerichtshilfe aufzutreten, die nach Landlers Vorschlag über Leben oder Tod der Frucht zu entscheiden hätten.

Die Eröffnung von Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen liegt ebenfalls in dieser Richtung. Viele Frauen treiben nur ab, weil sie kein Heim haben oder weil sie nicht wissen, wem sie ihr Kind anvertrauen sollen, während sie zur Arbeit gehen. Wie das Beispiel des Bundes für Mutterschutz gezeigt hat, ist die Erhaltung eines solchen Heimes ohne oft zu große Kosten möglich, zum größten Teil durch die Arbeit der Pflegerinnen selbst. Sechs Wochen Wöchnerinnenheim ist viel zu wenig; es würden viel weniger Säuglinge sterben, wenn ihre Mütter die Möglichkeit hätten, sie wenigstens ein halbes Jahr zu stillen. Restlose Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern würde manche Abtreibung verhindern. Es ist Sache der Gesetzgebung, hier aufbauend zu wirken, nicht minder als auf dem Gebiete des Ehegesetzes. Wie viele Früchte werden beseitigt, weil ihre Eltern als katholisch Geschiedene nicht heiraten können und dem Kinde die Gefahr der Unehelichkeit ersparen wollen. Selbst die in Dispensen erzeugten Kinder sind davon nicht sicher, nachdem sich Gerichte gefunden haben, die die Dispensen nachträglich für ungültig erklärt haben.

Das sind Vorschläge über Einzelheiten. Im allgemeinen muß man sagen, daß auf jedem Teilgebiet der Bevölkerungspolitik ein Wandel eintritt. Nicht rein zahlenmäßige Geburtenvermehrung tut uns no, sondern anrüchliche Schonung des kostbaren Menschenmaterials, das unsere Bevölkerung aufbaut. Die imperialistische, auf Zwang aufgebaute Bevölkerungspolitik muß der sozialen, auf Fürsorge begründeten, der Menschenökonomie Platz machen. Jeder Schritt im Leben des Menschen muß behütet werden. Schon im Mutterleib hat die Fürsorge zu beginnen und hat das Kind als Säugling, Kleinkind und Schulfürsorge zu geleiten, die Berufsberatung hat es ins Erwerbsleben einzugliedern. Die Hygiene der Arbeit, der Wohnung, der Ernährung muß aus dem Stadium der reinen Theorie in lebendige Wirklichkeit umgesetzt werden, und durch die Hygiene der Fortpflanzung (Eheberatung, Geschlechtserkrankungsberatung) schließt sich der Kreislauf, um bei der neu gezeugten Generation wieder zu beginnen.

Es ist klar, daß dieser mit neuen Mitteln geführte Kampf um den Jugenderwerb in einer Linie liegt mit unserem sozialen Befreiungskampf überhaupt. Es ist nicht nur der Kampf um bessere materielle Lebensbedingungen, um gesündere Wohnungen, um bessere Nahrung und Kleidung, um mehr freie Zeit, sondern vor allen Dingen auch der Kampf um eine neue Sittlichkeit, die wieder die zerstörten Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft knüpft. Schenkt die Gesellschaft dem einzelnen ihren Schutz, gewährleistet sie ihm des Lebens Notdurft, so wird das Individuum es für selbstverständlich halten, sein eigenes Interesse mit dem der Gesamtheit in Einklang zu bringen.

Das Bögertum hat keine Zukunft mehr als Klasse, es sucht mit allen Mitteln den bestehenden Zustand zu erhalten, mag auch die Gesellschaft darüber zugrunde gehen. Der „Untergang des Abendlandes“ ist nichts anderes als der Untergang des Kapitalismus. Die Zukunft gehört der Arbeiterklasse, wir haben ein Ziel vor Augen, wir dürfen uns nicht erdrücken lassen von der übermächtigen Not des Alltags. Wenn erst die gesamte Arbeiterklasse das Ziel und den Weg dazu erkannt hat, dann wird sie sich auch nicht ferner weigern, die lebendigen Bausteine der Zukunft zusammenzutragen. Ein neuer Jugenderwerb wird entstehen, nicht mehr ziellos, dem dumpfen Triebe des Tieres vergleichbar, sondern gelenkt und gezielt von Vernunft und Verantwortungsgesühl, und ein neues Geschlecht wird heranwachsen, wie es der Prophet Jesaja in der Bibel vorhersehen:

„Denn siehe, ich will einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen, daß man der vorigen nicht mehr gedenken wird, noch sie sich zu Herzen nehmen.“

Es sollen nicht mehr Kinder da sein, die ihre Tage nicht erreichen, noch Alte, die ihre Tage nicht erfüllen.

Sie werden Häuser bauen und sie bewohnen; sie werden Weinberge pflanzen und ihre Früchte essen.

Sie sollen nicht bauen, daß ein anderer wohne, noch pflanzen, daß ein anderer esse.“

Tages-Neuigkeiten.

Die Blutkaufe von Trebusa.

Ein Finanzier richtet in einem Dorfe Karpathoruhlands ein Blutbad an und — befindet sich heute noch in Freiheit!

Als bei den Wahlen in Karpathoruhland die Koalitionsparteien dieses Staates statt des erhofften großen Erfolges nur Mißerfolge zu verzeichnen hatten und die karpathoruhlfischen Stimmen in der Mehrzahl den oppositionellen Listen zusieken, wurden in der tschechischen Presse Stimmen laut, die eine Aenderung des Regimes der Behörden in Karpathoruhland verlangten und geradezu den Beweis führten, daß dieses Regime zum größten Teil die Schuld an der Niederlage der Regierungsparteien bei den Wahlen trage. In der Folgezeit hieß es dann hin und wieder noch, daß Mittel und Wege gesucht werden, um auch in Karpathoruhland eine demokratischere Form des Regimes Platz greifen zu lassen, bis schließlich auch diese Rufer in der Wüste verstummen und in Karpathoruhland jedenfalls — alles beim alten blieb. Daß dem so ist, dafür liefert einen Beweis der Bericht über ein Blutbad, das am 6. ds. von einem Finanzwächter in der Gemeinde Trebusa bei Husi angerichtet wurde. In dem Bericht, den wir dem „Rude Pravo“ entnehmen, heißt es:

Jura Koska, ein Bewohner des Dorfes Trebusa, das in der rumänischen Zupa, unweit der rumänischen Grenze, liegt, hatte am 6. Juli einige Verwandte zu einer Kindstaufe eingeladen, die in seinem Hause gefeiert wurde. An der Feier nahmen sechs Männer und neun Frauen teil. Als die Gesellschaft schon lange beim Tische saß, kam am Nachmittag der Finanzwächter Jaroslav Kutshan ins Zimmer herein, warf sein Gewehr unter die Bank, setzte sich unausgefordert nieder und trank der Gesellschaft den ganzen Schnaps aus. Als die Gesellschaft sich dann weigerte, ihm einen stärkeren, rumänischen Schnaps zu holen, ließ er sich aus dem Gasthaus einen Liter Spiritus bringen, und dies auf eine selbst ausgestellte „Anweisung auf Getränke“.

Neben Kutshan saß eine junge Frau, namens Popowic. Kutshan begann nun diese Frau zu belästigen und bot ihr 100 Kronen, wenn sie mit ihm hinausgehe.

Der Popowic blieb schließlich nichts anderes übrig, als mit ihrer Großmutter das Haus zu verlassen und nach Hause zu gehen. Kutshan fing, als die junge Frau weg war, zu schimpfen an. Die Anwesenden wiesen ihn zurecht und forderten ihn auf, wegzugehen. Der Finanzwächter tat dies endlich, rief aber von der Schwelle zurück: „Ich werde euch alle austräuchern, damit ihr auf einen Haufen verbrannt!“

Jura Koska lief Kutshan auf die Straße nach und sagte ihm, daß er sein Gewehr unter der Bank vergessen habe. Der Finanzwächter zog daraufhin sein Bajonett heraus und steckte es Koska in den Kopf. Auf die Hilferufe Koskas kam auch ein gewisser Oskilow herausgelaufen, der von dem Finanzwächter durch Bajonettschläge gleichfalls schwer verletzt wurde. Erst als weitere Personen aus dem Hause herauskamen, ließ der Finanzwächter davon.

Koska ging sofort mit zwei Freunden zur Gendarmerie, um den Vorfall anzuzeigen. Nach langem Suchen fanden sie einen Gendarmen, der sich mit ihnen zum Hause Koskas begab. Inzwischen war der Finanzwächter in das Haus Koska mit dem Finanzinspektor von Trebusa zurückgekehrt. Der Inspektor wollte einen Tatbestand aufnehmen, wurde aber von dem Finanzwächter daran verhindert, der ihn mit dem Gewehr bedrohte. Als der Inspektor Kutshan aus dem Zimmer wies, wurde er von ihm mit einem Ueberstichung geprügelt. Auch die im Hause befindlichen Frauen verprügelte der Finanzier und ließ einer fliehenden sogar einige hundert Meter nach.

Da die Frau des Koska inzwischen das Haus veranlagt hatte, versuchte der Finanzwächter gewaltsam einzudringen. Mit dem Gewehrkolben bearbeitete er die Tür und schrie: „Lacht mich herein, ihr Huren!“ Dann zertrümmerte er ein Fenster, kroch ins Innere des Hauses, verwüstete die ganze Einrichtung und verprügelte die 13jährige Tochter des Koska und zwei Greisinnen. Der Inspektor wartete inzwischen auf dem Hofe auf den Finanzwächter, der dann mit Hilfe Koskas und des hinzugekommenen Gendarmen entwaffnet und auf die Gendarmeriestation geführt wurde.

Die Verletzungen der von dem Finanzwächter mißhandelten Personen sind durchaus schwere. Der Finanzwächter befand sich jedoch, wie das „Rude Pravo“ feststellt, einige Tage nach dem Blutbade immer noch in Freiheit. Auf der Gendarmeriestation des Ortes erklärte man, daß die Station vom Bezirksgericht den Auftrag habe, so vorzugehen, bevor sie nicht aus Güt andere Befehle erhalten habe.

Das „Rude Pravo“ stellt zum Schlusse fest, daß über die ganzen Vorgänge ein Protokoll aufgenommen wurde.

Die Todesfahrt eines Bremiers.

27 Güterwaggons rafen führerlos zu Tale.

Warnsdorf, 16. Juli. Gestern gegen zehn Uhr abends kamen, als in der Station Grunb-Georgenthal der Lastzug Warnsdorf-Reichstadt verkehren wurde, auf der abschüssigen Strecke gegen Warnsdorf wie angenommen wird, durch einen scharfen Abstoß 27 Waggons ins Rollen. Auf dem entrollenden Zugteil befand sich nur der Eisenbahner Ostermann aus Birklitz (Bezirk Teitschen), der auf dem letzten Wagen im Bremserhütchen den Dienst versah. Infolge der rasenden Geschwindigkeit der Waggons war es Ostermann nicht möglich, den Zugteil zu bremsen. Wie groß die Geschwindigkeit des ausgerissenen Zugteiles war, beweist der Umstand, daß die Waggons die sechs Kilometer lange Strecke von Georgenthal bis Warnsdorf in vier Minuten zurücklegten, also zuletzt mit einer Geschwindigkeit von mehr als hundert Kilometern dahintasteten. In der Station Warnsdorf, die telephonisch verständigt wurde, gelang es noch, einen Wechsel heranzureufen und die Waggons durch das Maschinenhaus auf ein totes Geleise zu leiten, wo der Zugteil über eine vier Meter hohe Böschung herabstürzte. Samtliche Waggons wurden zertrümmert. Unter einem wüsten Haufen von zerbrochenen Eisenteilen und Waggonsuntergestellen wurde der 40jährige Ostermann, Vater von drei Kindern, begraben. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, da Ostermann, wenn er nicht sofort getötet wurde, nicht mehr lebend unter den Trümmern hervorgezogen wird, denn nach dem Urteil von Fachleuten werden die Aufräumarbeiten mindestens acht Tage in Anspruch nehmen. Ostermann dürfte erst zu unterst des ganzen wüsten Haufens liegen. Der Materialschaden, den die Eisenbahnverwaltung erleidet, wird auf eine Million Kronen beziffert.

Erhöhung der Bahntarife? Wie verlautet, steht eine Erhöhung der Fahrpreise bei den staatlichen Bahnen bevor. Die Begründung, die dieses völlig unsoziale Vorgehen der Regierung entschuldigen soll, ist derartig, daß man sich wundern muß, woher die zuständigen Kreise den „Mut“ aufbringen, an eine so schwere Belastung der Lebensführung der Bevölkerung nur denken zu können. Es heißt, daß diejenigen Bahnen, die sich noch in Privatbesitz befinden, trotzdem ihre Preise um 50 Prozent höher sind als bei den Staatsbahnen, dennoch passiv sind. An dieser „Begründung“ ist alles unrichtig, denn erstens sind die Bahnen nicht passiv, denn kein Unternehmer führt einen Betrieb weiter, der nicht aktiv ist, und zweitens, wer hindert denn die Bahnbefahrer ihre Bahnen dem Staat zu verkaufen? Im Gegenteil, als der Staat Land auf einige Strecken legte, erhob sich ein allgemeines Geschrei im bürgerlichen Blätterwald. Der Grund der Erhöhungen aber ist ein anderer. Der Staat braucht Geld für seine militaristischen Spielereien, die er als „Großstaat“ und „Sieger“ ja nicht lassen darf. Da nun aber alle Steuerquellen so ziemlich erschöpft sind, versucht er auf andere Weise das Geld herbeizubringen. Dabei wäre natürlich nur die ärmere Bevölkerung der leidtragende Teil. Allerdings, jetzt wird erst darüber „gemunkelt“, aber wie lange wird es dauern und wir stehen vor der vollendeten Tatsache. Deshalb erheben wir jetzt schon den schärfsten Protest gegen diesen geplanten Vorstoß auf die Taschen der Minderbemittelten.

43.000 Waggons Getreide verschwunden! Wie das „Ceste Slovo“ mitteilt, haben in der letzten Enquete im Handelsministerium Dr. Jadinova vom Landwirtschafts- und Pelina vom Ackerbauministerium berichtet, daß sich in der Republik an Vorräten 50.000 Waggons Getreide und Mehls befinden. Agrarische Kreise bestätigen diese Angaben. Nach Informationen des Blattes sei aber nur ein Vorrat, der 7000 Waggons nicht übersteigt, festzustellen. So befinden sich im Brechburger Hafen, auf Schiffen und in den Bohngazetten kaum 200 Waggons verschiedener Mehlsorten und nur 80 Waggons Weizen, Korn und Kukuruz. Ähnliche geringe Vorräte wurden auch in anderen Städten gefunden. Nur in Laube sind größere Vorräte vorhanden. Es erübrigt nun die erste Frage: Wo hin sind die übrigen 43.000 Waggons gekommen, von deren Existenz nicht nur agrarische Kreise, sondern auch der Landwirtschafts- und schließlich auch das Ackerbauministerium wissen? Wer hat die übrigen 43.000 Waggons in Verwahrung, damit man mit ihnen nicht spekulieren könne? Es wäre angezeigt, daß die Wucherämter auf Grund der amtlichen Erklärung die verborgenen Mehlensvorräte bei agrarischen Großproduzenten und Getreidehändlern suchen. Es scheint, schreibt das Blatt schließlich, daß sich auch neuer die übliche Erscheinung wiederholt, daß nicht nur die Großgrundbesitzer, sondern auch die Getreidehändler ein Einfuhrverbot von billigem Getreide verlangen, aber auch unbeschränkte Ausfuhr unserer Getreideproduktion, damit es sich, wie im Vorjahre, nach einigen Monaten auch neuer zeige, daß wir nach schmugglerischer Ausfuhr wiederum Getreide und Mehl aus dem Ausland, und dies um jeden Preis, kaufen müssen. Wir beharren darauf, daß uns mitgeteilt werde, wo sich jene 43.000 rätselhaften Waggons befinden, deren Existenz nicht bekannt ist.

Die Brandkatastrophe von Wallendorf in der Gips. Wie berichtet, wurde die Stadt Wallendorf in der Gips vor wenigen Tagen von einer furchtbaren Brandkatastrophe heimgelacht. 150 Wohnhäuser und 121 Wirtschaftsbauwerke, Ställe, Scheuern wurden eingeebnet. Sie gehörten größtenteils der armen Bevölkerung und der Arbeiterschaft der Eisenwerke in Krompach. Der größere Teil der Abbrändler war nicht versichert und die vorhandenen Versicherungen bedecken bei weitem nicht den entstandenen Schaden. Außerdem verbrannten 20.000 Stück Geflügel, eine große Menge Schweine und drei Gemeindefleisch. Die Stadt allein erleidet an Viehverlusten einen Schaden von 20.000 K. Der Gesamtschaden wird auf fünf Millionen Kronen geschätzt. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Nur die Witwe Anna Kl. starb an den Folgen des Schreckens. Ohne Behausung sind noch heute 60 Familien, im ganzen 600 Personen. Die vernichtete Telegraphen- und Telefonverbindung konnte bis heute nicht erneuert werden.

Gegen die übermäßig schnelle Fahrt der Automobile innerhalb der Städte und Gemeinden erteilt der Proger Bürgermeister Dr. Baza eine Kundgebung, in der er ausführt, er habe bereits seinerzeit die Besitzer von Automobilen aufmerksam gemacht, bei der Durchfahrt durch Gemeinden die Schnelligkeit herabzusetzen und die einheimische Bevölkerung zu schonen. Er habe sich aber wieder überzeugt, daß seine Aufforderung nicht beachtet werde und manche Straßen durch die rasende Fahrt der Automobile in eine Wolke von Staub eingehüllt werden. Der Bürgermeister versichert, daß er, falls diese neuerliche Kundmachung ohne Wirkung bleiben werde, sich gezwungen sehe, gewissenlose Lenker durch die Gemeindevorstände sicherstellen und der Bestrafung zuführen zu lassen.

Die heringefallenen Lübecker Spießer. Ein lustiges — oder bedenkliches — Ereignis ergabte dieser Tage die Hansestadt Lübeck. Kam da eines Abends ein feiner, vornehm gekleideter Herr in ein bekanntes Café in der Breiten Straße, machte Bekanntschaft mit würdigen Bürgern und stellte sich also vor: „Gestatten, Graf Ludner!“ Die hanseatischen Kaufherren überließ es heiß und kalt, der Grog fing im Leibe noch einmal an zu siedeln. Aber es war kein Zweifel: sie hatten den Seehelden selbsthaftig vor sich. Zwei Stammgäste, darunter ein demokratisches Bürgerchaftsmitglied und starrer Kriegervereinler, hatten im Winter die Vorträge Ludners über dessen kühne Fahrten gehört und erkannten den Tapferen wieder. Die sonst so steifen Rücken bogen sich aufs neue, zwei Jünglinge am Nebentisch erbaten sich, die Ehrenwache zu stellen, standen den Abend über mit den Händen an der Hosennaht stramm, während andere als Kuriere auszogen und Bekannte aus anderen Lokalen herbeiforderten. Im Ru war das Café bis auf den letzten Platz gefüllt. Alles überbot sich, den hohen Gast zu ehren. Wein und Sekt floss in Strömen, die patriotische Welle stieg. Die Musik durfte nur Marinemärsche und -lieder spielen. Der Gast wurde auf den Schultern der Begeisterten getragen, und zuletzt stritt man sich um die Ehre, die Feste bezahlen zu dürfen. Ein vornehmer Hausat erbot sich gehorlos, den hohen Gast beherbergen zu dürfen. Nur zu früh wurde Feierabend geboten. Umringt von Getreuen zog man von dannen, dem Marktplatz zu, wo man noch im Dunkel der Nacht begeisternde Reden hielt. Dann ging's zum Ehrenheim, dem Hause eines fanatischen deutschpöhlischen Kohlenhändlers in einem Villenviertel. Beim Frühstück wurden die Gastgeber von dem Herrn Grafen zu einer Autofahrt am Nachmittag eingeladen. Gegen halb 2 Uhr telephonierte „Ludner“, die Herrschaften möchten sich bis gegen 6 Uhr gedulden, da er noch einige Verfügungen zu machen habe. Und geduldig warteten die Ueberrücklichen, bis sie der hohen Ehre teilhaftig werden konnten. Sie warteten, den Rosenstrauch bereit — und warten noch heute vergebens. Verschwunden war der Held, kein Kaiserherz sah ihn wieder. So endete dies freudige Ereignis, über das ganz Lübeck lacht.

Der Niedgang der Geburtenziffer in Deutschland tritt in der Zahl der Schulkin der Berlins besonders auffällig in Erscheinung. Es werden nicht weniger als fünf Gemeindegemeinden in Berlin aufgelöst. Nach vorläufigen Berechnungen werden in Berlin etwa 460 Klassen einzugehen, was den Abbau von 500 Lehrkräften notwendig macht.

Drohende Ausdehnung der Malariaepidemie in der Ukraine. Aus Charlow wird berichtet, daß die Malariaepidemie in der Ukraine drohenden Umfang annimmt. Im Jänner dieses Jahres sind in der Ukraine 6000 Erkrankungsfälle registriert worden, im Februar 11.000, im März 44.000, im April 110.000 und im Mai schon 280.000. Aus den Gebieten, die bisher schon immer als gefährdend betrachtet wurden, ist die Epidemie nach anderen Gegenden übersprungen, wo sie früher gar nicht bekannt war. Ganze Dörfer sind von der Krankheit befallen: eine große Anzahl von Arbeitern der Bergwerke und Fabriken im Dongebiet kranken an der schwersten tropischen Art der Malaria, da diese dorthin aus dem Kaukasus verschleppt ist. Soweit zu konstatieren ist, ist für die nächste Zeit keine Bekämpfung dieser Krankheit möglich, vielmehr ist mit einer noch weiteren Verbreitung zu rechnen.

Typhusepidemie in Halle. An der Stadtverordnetenversammlung von Halle teilte der Kreisarzt, Medizinalrat Dr. Buntz auf eine Anfrage mit, daß in den letzten drei Wochen in Halle 40 Typhusfälle vorgekommen seien von denen zwei tödlich verlaufen seien. Die Er-

krankungen seien in erster Linie auf den Genuß von schlechter Milch zurückzuführen.

Sagelförner von 300 Gramm. Aus Alessandria wird mitgeteilt, daß ein heftiger Orkan, begleitet von Hagelschauern, die dortige Gegend heimgelacht habe. Es wurden Hagelförner gefunden, die 300 Gramm wogen und einen Durchmesser von acht Zentimeter hatten. Durch den Hagelschlag wurden zahlreiche Fensterscheiben zertrübert.

17 Personen ertrunken? Man fürchtet, daß bei dem Untergang des Dampfers „Lismore“ aus Cork bei Waterford 17 Personen ums Leben gekommen sind. Ein Ueberlebender rettete sich auf ein Floß und wurde nach 24 Stunden an die Küste getrieben.

Schweres Fliegerunglück bei Warschau. Gestern um halb 4 Uhr früh ereignete sich bei Warschau eine Flugzeugkatastrophe. Ein Passagierflugzeug der internationalen Flugzeuggesellschaft, welches zwischen Paris und Warschau verkehrt, stürzte aus bisher unbekannter Ursache aus einer Höhe von 50 Metern ab. Das Flugzeug wurde zertrümmert. Der Pilot Cleout und ein Passagier, der Direktor des metaphysischen Institutes in Paris, Deely, fanden unter den Trümmern von Tod.

Die Beduinen in Palästina. Die Regelung des Grundbesitzes in Palästina und die fortschreitenden Vermessungsarbeiten, andererseits die räuberischen Ueberfälle auf Reisende und Ansiedlungen durch nomadisierende Beduinen, haben die Regierung in Palästina vor die zwingende Notwendigkeit der Regelung des Nomadenwesens gestellt. Die nomadisierenden Beduinenstämme betrachten den Boden als gemeinsames Eigentum aller, und wo sie ihre Zelte aufschlagen, da weiden ihre Tiere, da säen und ernten sie, dabei werden in der Umgegend Pferde, Kamele und Weiber gestohlen. Die in manchen Ländern Europas auch heute noch ungelöste Frage der Wanderzigeuner ist ein schwacher Abklatsch der Beduinenfrage gegenüber, denn die Stämme sind verwandt und hängen sanftlich an ihren Traditionen. Sie sind nirgends konstituiert, können weder gezählt noch irgendwie unter die geistliche Disziplin gebracht werden. Die ansässigen Araber und grundbesitzenden Scheichs und Effendis selbst sind es, welche die Säuberung des Landes von der „alten Romantik“ der Beduinenstämme bei der Regierung betreiben. Die Aktion der Regierung hat bereits mit einer starken Vermehrung der palästinensischen Gendarmerie und Aufstellung von Kamelreiterabteilungen begonnen. Man kann unmöglich die Beduinen sofort ansässig machen, doch werden sie sich auf bestimmte Gebiete im Südosten des Landes beschränken lassen. Jeder erwachsene Beduine bekommt gleichsam eine Legitimation, die er den Gendarmereipatrouillen vorzeigen muß. Man nimmt an, daß diese Neuregelung bei den unbotmäßigen Beduinen besonders in erster Zeit nicht ganz glatt ablaufen dürfte, jedenfalls geht in Palästina ein Stück Romantik des alten Orients verloren.

Wetterübersicht vom 15. Juli. Die Rückseite des nach Osten abziehenden Hochdruckantizyklons veranlaßte Montag in der Republik wechselnd bewölkt und kühleres Wetter bei Nordwestwinden. In der Slowakei kam es zu Strichregen, in Karpatenland zu Gewittern. Auch Dienstag herrschte noch Wolkenfreiheit. Ueber Westeuropa hat sich bei bereits höherem Himmel eine neue Wärmewelle eingestellt. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Fortwährende Aufhellung und Ergänzung.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

NewYork 100 Kr	Dollar 2,93,92
Paris 100	Schweiz. Franc 16,40,00
Berlin 1	Mark 123,700,000,000,0
Wien 1	Scherr. Kronen 2,088,90

Prager Kurse am 15. Juli.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1289,07	12920,00
1 Billion Mark	8,02,75	8,22,71,00
100 holl. Francs	158,25,0	157,77,00,00
100 schwed. Franc	315,50,00	312,50,00,00
1 Brand sterling	14,42,75	14,52,71,00
100 Lire	147,00,00	145,50,00,00
1 Dollar	3,93,00	3,84,25,00,00
100 franz. Francs	177,00,00	178,50,00,00
100 Dinar	9,9,00	10,45,00,00
10.000 magyar. Kronen	9,30	4,40,00,00
100 poln. Zloty	65,50	65,10,00,00
10.000 österr. Kronen	4,71,50	4,91,50,00

Aus der Ordnungszelle der Au Klug Klauer.

Chlamerikanisches.

Die Untersuchung des sich unlängst ungetragenen Unglücks auf dem amerikanischen Schlagschiff „Mississippi“ bei dem 48 Matrosen ihr Leben verloren und acht verwundet wurden, brachte dieses zutage:

1. Sagte der Kanonier Majewski aus, daß bereits den Tag vor dem Unglück die Entdeckung gemacht wurde, daß der Verschluß des großen Geschützes so defekt war, daß Stücke Seide von der Pulververpackung brennend durch die Ritze im Verschluß herausfielen;
2. Der Luftdruckerzeuger war außer Ordnung, so daß nur 90 Pfund Druck statt der erforderlichen 150 beim Reinigen des Geschützrohres gebraucht werden konnte. Daß daher noch brennende Stücke Seide im Rohre steckten, als bereits Stücke Pulver einer neuen Ladung hineingeschoben wurden, daß auch diese Schädlichkeit der Luftdruckpumpe einen Tag zuvor bekannt war;

3. Es war Wettschießenschießen. Die Anwesenden der „Mississippi“ wollten einen Rekord aufstellen. Eine Meldung der Schädlichkeit des Geschützes und der Luftdruckpumpe hätten die ganze Übung zum Stillstand gebracht, um den Defekt auszubessern. Deswegen riskierte man die Gefahr.

Es war der kommandierende Leutnant Reinecke, der ausrief, daß „es mehr ein menschlicher Irrtum“ war, als die Kanoniere im Turm Nr. 2 des Schlagschiffes versuchten, ihren eigenen Rekord als die schnellste Schießkolonne noch zu überbieten.

Um nun die Aufmerksamkeit von dieser größten Friedenskatastrophe in der Marinegeschichte Amerikas abzulenken, hat man aus lauter Kurzsicht das Hauptquartier der J. W. W.-Gefangenengestellten von San Pedro gewaltsam aufgehoben, ein paar Männer und auch Wädchen fürchterlich verprügelt und deren Halle geschloßen. Mehrere Hundert Personen überfielen das Klubhaus der J. W. W. in San Pedro, demolierten das Mobilar, mißhandelten Männer und Frauen und entführten sieben Mitglieder der J. W. W. in die Wildnis des Santa Ana Canyon. In der Menge befand sich eine Anzahl Leute in Matrosenkleidung. Weder die Polizei noch Seewachsbereitschaften boten dem Bösen des Bößes Einhalt. In sehr respektvoller Entfernung folgte ein Beamter der Sheriffs-Office einer etwa 300 Mann starken Gruppe, die die sieben „Gefangenen“ in die Berge schleppte und dort teerte und seberte.

Beim besten Willen konnte dem J. W. W. keine Verantwortung für das Unglück aufgebürdet werden. Dafür beschuldigte man die J. W. W. von San Pedro aber, sie hätten sich abfällig über die Opfer der Explosion geäußert. Das bildete den Vorwand zum Ueberfall. Ein Polizei- und Soldatenaufgebot erfolgte jedoch am nächsten Tage zum „Schutz der Morgue“, in der die Leichen der auf dem „Mississippi“ umgekommenen Matrosen lagen. Die Anstifter des Ueberfalls verbreiteten nämlich das Gerücht, die J. W. W. beabsichtigten die Leichenhalle in die Luft zu sprengen, um Rache für den Ueberfall zu nehmen. Ein Gerücht, das offenbar nur zu dem Behufe verbreitet wurde, neue und schlimmere Gewalttaten gegen die J. W. W. hervorzuufen und gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die herrschende Klasse der Ber. Staaten will so die ihr unbenahme „radikale“ Arbeiterbewegung zum Sündenbock für ihre eigenen blutigen Verbrechen machen und nützt den Patriotismus des Mobbs für ihre Zwecke aus.

Die Legislatur von Florida hat nach vierzehntägiger Debatte folgende Bill in beiden Häusern adoptiert: „Hierbei sei es beschlossen, daß es die Bestimmung der Legislatur des Staates Florida ist, daß es unkonstant und unangebracht und wider die besten Volkswinteressen ist, wenn ein Professor oder Lehrer in den öffentlichen Schulen und Hochschulen dieses Staates, die entweder teilweise oder völlig vom Gelde der Steuerzahler unterhalten werden, Atheismus oder Unglauben lehrt oder zu lehren gestattet, oder wenn er die Ansicht verbreiten hilft, — in diesen Schulen und Lehranstalten —, daß der Darwinismus richtig und wahr ist, oder daß irgend eine andere Hypothese über die Verwandtschaft des Menschen mit anderen Lebewesen richtig oder möglich ist.“

Wer dagegen — in Staate Florida der Regereitscher und Regermörder — lehrt, daß der Darwinismus falsch und erlogen ist, daß er keinerlei Beziehungen des Menschen zu anderen Lebensformen gibt, der lehrt die reinste, die hehrste Wahrheit, der macht sich im höchsten Grad um die herrschende Gesellschaft, die nur dumme, unwissende und gedankenlose Menschen gebrauchen kann, verdient. . . .

Im Residenzviertel von Piedmont, Cal., hatte sich zum Bedruß der Nachbarn, ein Neger namens Sidney Deering, Eigentümer eines Rasenkaufes, angelauft. In Anbetracht eines Sturmes von Protesten beschloß der Stadtrat, eine neue StraÙe anzulegen, die durch das Eigentum des Negers führt.

Bevölkerungsbewegung und Weltgröße.

Die Verteidiger des Großgrundbesitzes wissen alles mögliche gute von ihm zu erzählen, aber auf eines vergessen sie in der Regel: daß der Großgrundbesitz viel weniger Menschen auf seiner Fläche zählt als der Kleinbesitz. Jeder Praktiker weiß das und in unserem „kleinen Landwirts“ ist auch ziffermäßig an einem schlagenden Beispiel nachgewiesen worden, daß in der Zeit der Zwangswirtschaft die Kleinbetriebe weit mehr Menschen ernährten als der Großbetrieb.

Schon 1874 schrieb der deutsche Landwirt Professor v. d. Goltz: „Mit dem Umfang des Großgrundbesitzes parallel und mit dem Umfang des bäuerlichen Besitzes in umgekehrter Richtung geht die Auswanderung.“ In die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind im 19. Jahrhundert etwa 20 Millionen Menschen eingewandert. Sie kamen aus den Ländern des Großgrundbesitzes, während die Gebiete mit bäuerlicher Siedlung nur einzelne Tropfen in den Strom brachten. Die erste Welle kam aus Großbritannien, dem ausgesprochenen Land des Großgrundbesitzes; Irland hat fast die Hälfte der Bevölkerung ausgeworfen, trotz „lanndunghafter Fruchtbarkeit“. Die zweite Welle, so erzählt Prof.

Franz Oppenheimer in seiner Schrift „Der Ausweg“, kam aus Deutschland, und zwar sandte der dichtbevölkerte, menschenreiche, aber vortwiegend von Kleinbauern besiedelte Westen und Süden nur etwa eine halbe Million, der äußerlich dünn besetzte, menschenarme, stark vom Großgrundbesitz durchzogene Osten aber drei Millionen über den Ocean. Dann kamen die Großgrundbesitzer des Ostens von Europa und von Italien; aber aus den dichtbevölkerten Bauernländern Frankreich, Schweiz, Norditalien und Dänemark war die Auswanderung nur winzig.

Es ist kein purer Zufall, daß aus der Slowakei und Karpathenland die meisten Auswanderer der Tschechoslowakischen Republik herkommen, sind das doch Gebiete, wo der Großgrundbesitz vorherrscht. In der Slowakei besitzen z. B. Koburg-Gotha 77.564 Hektar, Gebrüder Wolff 50.319 Hektar, Andrássy 42.909 Hektar, in Karpathenland besitzt Schönborn-Buchheim allein 133.839 Hektar.

Noch deutlicher wird die von uns aufgestellte Behauptung, daß der Großgrundbesitz viel weniger Menschen nährt als der Kleinbesitz, wenn man die Abwanderung in die Industriezentren betrachtet. Deutschlands Bevölkerung hat sich in dem letzten Jahrzehnt vollkommen umgeschichtet. Absolut verloren hat der Großgrundbesitz Ostböhmen, schwach gewonnen die Großbauernbezirke Nordwestens, stark verdrängt hat sich überall die Volksschicht auf den mittel- und kleinbäuerlichen Gebieten des Südens und Westens, und ganz ungeheuerlich angewachsen ist sie in den Städten und Industriezentren: in Sachsen, Oberschlesien, dem Rheinlande und Westfalen. Zwischen 1885 und 1890 hat der Süden und Westen allein 13 Prozent, der Nordwesten 30 Prozent, der Osten 75 Prozent seines Geburtenüberschusses in die Industriebezirke anderer Provinzen oder Staaten abgegeben. Die Großgüter aber verloren mehr als 100 Prozent ihres Ueberflusses überhaupt: sie verloren an Menschen. 1907 gab es in Deutschland 23.566 Großbetriebe, d. h. mit mehr als 100 Hektar. Das waren aber nur 0,4 Prozent aller Betriebe; aber sie umfaßten 22,2 Prozent aller landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Auch in der Tschechoslowakei lassen die Ergebnisse der Volkszählung vom 15. Jänner 1921 deutlich die Entwicklung vom Agrarland zum Industriestaat verfolgen. In der „Proger Presse“ veröffentlicht Prof. Wenz eine Tabelle, aus der hervorgeht, daß in den historischen Ländern, also Böhmen, Mähren und Schlesien, von je 10.000 Menschen der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei 3228 zugehörten, im Jahre 1921 aber nur mehr 3154. In demselben Jahre entfielen dagegen auf Industrie und Gewerbe 4005, auf Handel, Geldgeschäfte und Verkehr 1177, auf Staats- und öffentliche Verufe sowie Militär 576, auf selbständig ausübende häusliche Dienste, Lohnarbeiter wechselnder Art und sonstige Verufe 1088. Also auch hier ein Umschichtung der Bevölkerung. Oppenheimer meint, daß diese Umschichtung die große „Reservearmee“ der Arbeitsuchenden in den Städten angeammelt hat und die letzte Ursache hierfür in der Bodensperre zu suchen sei. Ueberall, wo freies Siedlungsland zur Verfügung steht, treten diese Erscheinungen nicht oder nur gemildert auf. In das entwölkerte Land strömen die billigeren Arbeitskräfte des östlichen Ländergebietes ein. 1910 zählte man in manchen Bezirken Deutschlands deren 80 Prozent. 1914 beschäftigte die deutsche Landwirtschaft bereits fast eine halbe Million, davon ein Drittel Polen. Die Zahl der Landarbeiter sank dementsprechend jährlich um 200.000. Daß im alten Oesterreich dieselben Verhältnisse herrschten, ist bekannt. Auch in den westlichen Gebieten der Tschechoslowakei werden noch immer auf den Gutshöfen fremde, slowakische Arbeiter verwendet, weil die heimischen meist abgewandert sind.

Wenn in den Kleinbauerngebieten Deutschlands die Bevölkerungsdichte 90 bis 100 Einwohner auf einen Quadratkilometer beträgt, beläuft sie sich in den Gutsbezirken bestenfalls auf 20 bis 30. Mehrfach aber wird nur die Siedlungsdichte der sibirischen Steppe mit vier bis zwölf erreicht. Im Durchschnitt für das ganze Reich weisen die Kleinbetriebe fast dreimal so viel Menschen im Hauptberuf auf wie Großbetriebe. Schade, daß wir für die Tschechoslowakei diesbezüglich keine entsprechenden Daten haben, sie würden aber sicher dasselbe Bild ergeben. In Südböhmen z. B., wo der große Grundbesitz a la Schwarzenberg dominiert, sind alljährlich tausende Bauarbeiter nach Wien gefahren, um sich dort ihr Brot zu verdienen und ist die Bevölkerungsdichte Südböhmens bestimmt viel geringer als die eines anderen Teiles des Landes.

So erteilt sich eine gesunde Bodenreform, welche den Kleingrundbesitz stärkt, als ein wichtiges Mittel gegen die vielbesprochene Landflucht und zur Erhaltung respektive Vermehrung der Bevölkerung. J. C.

Die Pflicht

als Parteigenosse sollte es jedem sagen, daß er sein Parteiorgan überall zum Abonnement empfindet und sich selbst und der Partei nützt.

Kleine Chronik.

Die Marskanäle — eine optische Täuschung.

Wenn man den Behauptungen des französischen Astronomen Charles Nordmann, die dieser in einem großen Pariser Blatt veröffentlicht, Glauben schenken darf, ist die seit Jahrzehnten in wissenschaftlichen Kreisen allgemein verbreitete Annahme über den Marsplaneten und über die Möglichkeit einer Verbindung zwischen dem Mars und der Erde eine irrige. Nordmann erklärt nämlich mit Stillsicht auf den 23. August, an welchem Tage sich der Mars in einer Erdnähe befinden wird, wie sie in den letzten hundert Jahren nur ein einziges Mal zu verzeichnen war, daß alle Hoffnungen der Astronomen, an diesem Tage mit dem Mars in Verbindung treten zu können, folgen ins Wasser gefallen sind. Der Gelehrte meint, daß infolge der seltenen Unruhe und der außerordentlich großen Dichtigkeit der unteren Schichten unserer Atmosphäre die sogenannten Zeissbilder in einer so geringen Höhe sehr unbestimmt seien. Infolgedessen werde trotz der Nähe des Mars zur Erde nichts Neues über den Planeten entdeckt werden können. Es ist daher die Annahme berechtigt, daß der 23. August die an ihn von vielen Astronomen geknüpften Erwartungen nicht erfüllen wird. Im übrigen könne kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn es auch gelingen würde, Lichtstrahlen oder drahtlose Telegramme an die Marsbewohner zu senden, sich dort niemand finden würde, der diese Postkiste übernimmt. Die neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Astronomie hätten nämlich noch der Ansicht des französischen Gelehrten den Beweis erbracht, daß die vielgenannten Marskanäle überhaupt nicht existieren. Diese angeblichen Kanäle wurden durch die unvollkommenen Teleskope früherer Zeiten sichtbar. Die aber der Mars durch moderne Teleskope beobachtet, so ist dort von Kanälen keine Spur zu entdecken.

Die Branntweinpest in Russland. Wie die „Zvezdja“ meldet, findet die Alkoholkrause im Zusammenhang mit dem Aufblühen feinkühler Schnapsbrennereien in Sowjetrußland immer weitere Verbreitung. Die Bauern pflegen sich selbst eine Art Spiritus, den sie „Samogon“ nennen, zusammenzubrauen, ein Getränk, dem Frauen, Männer und Kinder nur allzu reichlich zusprechen. Nach den Mitteilungen des Verfassers des Aufsatzes ist der Fall nicht selten, daß die Leute schon in aller Frühe schwer betrunken zur Arbeit kommen. Im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres wurden von der Polizei 5000 solcher Samogon-Brennereien geschlossen und 7000 Personen, die mit diesem fieseln Schleichhandel betrieben, festgenommen.

London hat siebeneinhalb Millionen Einwohner. Die soeben veröffentlichte amtliche Londoner Wohnungszählung enthält einige bemerkenswerte Ziffern. Danach überschritt im Jahre 1902 die Bevölkerung von London nicht eine Million Einwohner. Im Jahre 1923 betrug sie dagegen siebeneinhalb Millionen Köpfe. Dabei ist aber zu bemerken, daß in bestimmten Stadtvierteln von London — ebenso wie auch in Berlin — ein Rückgang der Bevölkerung gegen das Jahr 1801 zu verzeichnen ist. So hatte beispielsweise die City 1801 eine Bevölkerung von 128.000, während sie heute nur noch 14.010 Bewohner zählt. Die Vororte dagegen haben eine außerordentliche Zunahme der Bevölkerung erfahren.

Volkswirtschaft.

Keine Wiedereinführung der Arbeiter- und Dienstbücher. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat eine Beratung veranstaltet, wie sich die Auffassung der Arbeiter- und Dienstbücher nach dem Gesetze vom 17. Oktober 1919 bewährt und ob die Bürgerlegitimationen und Zeugnisse der Arbeitgeber den Arbeitsnachweis an Stelle der Arbeiterbücher genügend verbürgen. Trotz einiger Beschwerden, die das Ministerium während der Beratung erhielt, teilt es mit, daß es an die Wiedereinführung der Arbeiter- und Dienstbücher nicht denke und die bürgerlichen Legitimationen und Zeugnisse als vollkommen zweckentsprechend erachte.

Ein neuer Entwurf über Arbeitskollektivverträge. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat einen neuen Entwurf über Kollektiv-Arbeitsverträge ausgearbeitet, den es den beteiligten Körperschaften zur Begutachtung vorgelegt hat. Nach diesem Entwurf ist ein Arbeitskollektivvertrag eine schriftliche Vereinbarung, geschlossen in den Grenzen der gesetzlichen Vorschriften zwischen einem oder mehreren Arbeitgebern, oder einer oder mehreren Gewerkschaftsorganisationen der Angestellten andererseits. Der Vertrag hat den Inhalt der einzelnen (individuellen) Arbeitsverträge, namentlich der Arbeits- und Lohnverhältnisse einer oder mehrerer Angestelltenkategorien und auch andere aus dem Arbeitsverhältnis entstehende Rechte und Verpflichtungen der Vertragsparteien zu regeln. Die im Kollektivvertrag bestimmte Angestelltenorganisation ist, nach der „Tribuna“, der wir diese Meldung entnehmen, verpflichtet, innerhalb dreier Tage nach Unterfertigung des Vertrages um die Registrierung unter Vorlage aller notwendigen Belege anzusuchen. Das Registeramt hat die ihm vorgelegten Arbeitskollektivverträge, insbesondere bezüglich der Vertragsfähigkeit der Parteien, zu prüfen. Das Registeramt kann die Vertragsparteien zur Erfüllung aller ihnen im Vertrag auferlegten Verpflichtungen von Amts wegen durch Ordnungsstrafen zwingen, die im Wege der politischen Exekution eingehoben werden. Um die Wirkung des neuen Gesetzes auch auf jene Kollektivverträge zu

erstrecken, welche zu Beginn seiner Wirksamkeit schon in Geltung sein werden, wurden in den Entwurf Uebergangsbestimmungen aufgenommen, wonach solche Verträge während der ersten Monate nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Eintragung ins Kollektivvertragsregister angemeldet werden müssen.

Die Beschäftigung im Brünner Industriegebiet. Aus dem amtlichen Bericht des Brünner Stadtkommissars für die Arbeitsvermittlung entnehmen wir über die Beschäftigung im Juni: Im Berg- und Hüttenwesen ist im Vergleich mit dem Stand im allgemeinen günstig, jedoch nicht so wie vor zwei bis drei Monaten. Die Maschinenindustrie hat sich erholt; die größeren Brünner Werke, wie die Erste Brünner, Brand und Stöckl, nehmen die früher wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeiter wieder auf. Die Waffenfabrik hat noch nicht mit der Erzeugung im größeren Umfang begonnen. Gebeizt haben sich auch die Verhältnisse in der Holzverarbeitenden Industrie und geringfügig in der Lederindustrie. Die Textilindustrie ist im allgemeinen gut beschäftigt mit Ausnahme der Spinnereien (wegen der Einfuhr fertiger Garne und Halbfabrikate). Voll beschäftigt von den Spinnereien ist lediglich die Erste Brünner Kammgarnspinnerei. Die Konfektionsindustrie ist nahezu ebenfalls voll beschäftigt, weniger die Schuhindustrie. In der Bauindustrie wird der Mangel qualifizierter Kräfte hemmend empfunden.

Das tschechoslowakisch-österreichische Abkommen über die Sozialversicherungs-Ansprüche. Samstag ist in Prag ein tschechoslowakisch-österreichisches Abkommen über die Aufstellung der Sozialversicherungs-Verpflichtungen unterfertigt worden. In diesem Abkommen wird die Frage der Pensions- und Ersparnisse, sowie der Pensionserhverträge geregelt. Es wird ein besonderer Clearing festgesetzt, der unter Mitwirkung des tschechoslowakischen Pensionsinstitutes beim Fürsorgeministerium errichtet werden soll. Ähnlich soll auch in Wien vorgegangen werden. Die Sozial- und Pensionsansprüche der Angehörigen werden durch Vermittlung der Clearinganstalten ausgezahlt, die zwecks Konstruierung dieser Ansprüche in der nächsten Zeit zu deren Anmeldung auffordern werden.

Rapides Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Deutschland. In der zweiten Hälfte des Monats Juni ist im unbefetzten Gebiet die Zahl der Voll-erwerbslosen von 213.000 auf 241.000, das heißt um drei-prozent Prozent gestiegen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger — unterstützungsberechtigte Angehörige Voll-erwerbsloser — im unbefetzten Gebiet hat im gleichen Zeitraum von 209.000 auf 298.000, also um 8,5 Prozent zugenommen. Für das besetzte Gebiet liegen die abschließenden Ziffern noch nicht vor.

Industrielelle in ganz Deutschland. Die Firma Heinrich Lang legt infolge Geld- und Kreditmangels am kommenden Samstag ihren Betrieb still. Sie entläßt ihre 5000 Arbeiter und kündigt zum nächsten zulässigen Termin ihrer gesamten Beamtenschaft. Das Badische Arbeitsministerium hat sich außerstande erklärt, dem Ersuchen der Firma um Staatskredite nachzukommen. Die Automobilfabrik Rabag-Algatti entläßt vorerst 1/3 ihrer Arbeiter. — Einer Blättermeldung aus Breslau zufolge hat sich die Rostlage der schlesischen Eisenindustrie verschlimmert. Beim Vorjahreswert ist der Auftragsbestand seit dem April dieses Jahres um etwa 60 Prozent zurückgegangen und man erwägt bereits die völlige Betriebs Einstellung. Beim Gleiwitzer „Ober-Edar“ und bei der Julien-Hütte wurden Teile des Betriebes stillgelegt. Die Julien-Hütte gibt als monatliches Defizit 200.000 Mark an. Trotz des Protestes der Gewerkschaften wollen die Arbeitgeber eine Lohnherabsetzung um zwanzig Prozent und den Abzug der Deputatlohn durchzuführen. Die Arbeiter wollen sich an das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung wenden.

Kunst und Wissen.

„Androklus und der Löwe“ von Bernard Shaw. In dem sonderbarer Weise erst am Ende der Spielzeit zum erstmaligen aufgeführten Märchenstück haben wir einen Shaw vor uns, so echt, wie er nur etwa noch aus „Antonius und Kleopatra“ spricht. Mit meisterhafter Kraft ist die Form des großen Trägers beibehalten, scheinbar gewaltige Vorgänge in unmerklicher Anmahnung geboten, um bequem das soziale moderne Gewissen zu erregen, um ihm alte und neue Mißstände handgreiflich vorzuführen. „Wenn Euch meine Predigt nicht gefällt, sei es — ich kann mir nicht helfen“ — schreibt er in der Dedikation seines Wertes „Mensch und Uebermensch“ an seinen Freund Wolfen, aber der alte Bühnenpraktiker Shaw versteht, sich darum zu kümmern, daß sie gefalle. — Er gibt hier dem Publikum alle möglichen kleinen Bissen: die Teilung des Löwen durch den Schneid, Androklus, der ihm den Dorn aus der Flanke zieht; Christenverfolgung und Kampf in der Arena, den gewaltigen Kämpfer Terrovius, der an Kinoskationen aus der Verflüchtigung von „Das vobis“ erinnert und der am meisten um sein Christentum mit der Kaufkraft im eigenen Innern zu ringen hat. Er verzichtet sogar nicht auf die aus schätlichen Quellen stammende sentimentale Liebeshandlung zwischen der gefangenen Christin Lavinia und dem heidenmütigen Altheisten, dem Hauptmann des Caesars, — alles, um die Vögel genießbarer zu machen, die er zugleich mit vorlegt: Verpöthung des Militarismus, scharfe Bezeichnung der menschlichen Schwächen und der unechten Romantik, Väterlichmachen des falschen Pathos, in der Ueberzeugung dessen, daß die Menschen eigentlich weder gut noch schlecht sind, aber daß sie schlecht erst die verkehrte soziale Ordnung und die Auswüchse der Zeit machen. Ueberall treten aus dem „Androklus“ die scharfen Bisse Shaws hervor; halb

Humor und Witz, halb tiefe Weisheit, stets ein verwegenes Spiel mit kühnen Gegenwärtigen. Die Auf-führung im Neuen Deutschen Theater stand auf achtungswürdiger Höhe. Der scharfe und doch nicht verwundende Scherz, der historische Puzelräume schick, große Vorgänge auf minimales Format bringt, Christenverfolgung und Gladiatorenspiele — in beinahe Offenbach'schem Tone — auf die letzte Gegenwart anzuspitzen weiß, fand durch die In-szenierung und Regie von Hans Demey einen verständnisvollen und liebevoll ins einzelne gehenden Interpret, welcher die komisch-satirische Wirkung durch die halb antik-halb modern-militärische Kostümierung, durch neueste Musik und geschickte Kompariererei zu vertiefen verstand. Er fand beste Unterstützung durch die sämtlichen Darsteller auch der Nebenrollen, so daß sich die Aufführung auch in der Hochsaison hätte sehen lassen können. — Von feinsten Wirkung war der tierliebende, ausgezeichnet maskierte Androklus des Herrn Romanovsky, der der Shaw-Lon glänzend traf; in Wort und Geste glücklich waren die Herren Liebl als Kaiser und Böglin als Hauptmann. — Die ersten Rollen des Terrovius (M. Pittschau) und Lavinia (Hil. Dndra) wurden glaubhaft zu den komischen Figuren in Gegenlag gebracht. Hil. Dndra dürfte bei sorgfältiger Leitung eine gute Kraft werden. — Nur Herr Kenner als verbummelter Spyntho fand den Ton nicht vollkommen. Die übrigen Darsteller mögen sich mit einer Gesamtanerkennung begnügen. — Das gut besuchte Haus sollte reichen Beifall, der auch dem „mit brüllenden Löwen“ (Görbiger) galt.

Dr. A. G.

Operngastspiel des Brünner tschechischen Theaters. In der Zeit vom 1. bis 10. Juli hat das Opern-ensemble der Brünner tschechischen Bühne an Weinberger Theater einen zehn Abende umfassenden Opernzyklus gegeben, der neben den Emetano-Opern „Libuscha“, „Die beiden Witwen“, „Die Teufelswand“ und „Die verkaufte Braut“, letzteres Werk mit zwei Aufführungen, Dvorshak's „Rusalka“ und „Heilige Ludmilla“, Novak's Märchenoper „Die Laterne“, Janakel's Musikdrama „Ihre Ziehtochter“ und Rozars „Costi son tutte“ enthielt. Soweit wir in der Lage waren, einzelne dieser Opern anzuhören, verschafften sie uns Kenntnis von der ersten künstlerischen Arbeit dieses Opern-ensembles, das zwar nicht Anspruch auf unbefangene Vollkommenheit erheben kann, aber in der Gesamtheit seiner künstlerischen Darbietungen zu überzeugen vermochte. Seine markanteste künstlerische Persönlichkeit ist der erste Dirigent Reumann, ein Vollblutmusiker, der Disziplin auf der Bühne und im Orchester hält, rhythmisch und dynamisch wirkungsvoll zu gliedern versteht und auch das nötige Temperament besitzt, unmittelbaren Eindruck beim Hörer zu machen. Neben diesen überragenden Dirigenten wirkte noch ein zweiter Kapellmeister namens Janota mit. Die unsichtige, wenn auch infolge der unzureichenden Bühnentechnischen Mittel und Blaupausen nicht immer vollkommen gelungenen Regie lag in den Händen D. Zizek's, wahren für die szenische Ausstattung ein halbes Duzend tüchtiger Fachmänner sonstige (die Herren Sojmann, C. D. und C. Jandl, Slavica, Bert und V. Krantinos). Chor und Orchester zeigten sich ihren Aufgaben immer gewachsen, was man von den Solisten, die nur eine gute Durchschnitts-klasse repräsentierten, nicht durchwegs behaupten konnte. Die Operngastspiele der tschechischen Theater scheinen übrigens neuerdings Mode zu werden. Kürzlich erst hatte Prag die Olmücker tschechische Oper zu Gast, nun die Brünner, und schon wird das Gastspiel einer Budweiser tschechischen Operngesellschaft für Prag angekündigt.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute „Götterdämmerung“; morgen Donnerstag „Tobacco“; Freitag „Androklus und der Löwe“; Samstag „Die geschiedene Frau“; Sonntag „Fra Diavolo“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute „Die Sache mit Lola“; Donnerstag und Samstag „Haben Sie nichts zu verzollen“; Sonntag „Der ledige Schwiegervater“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Schmiedberg. Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Konferenz waren anwesend drei Mitglieder der engeren Bezirksleitung, drei Mitglieder der Kontrolle, 14 Vertreter und drei Vertreterinnen von sechs Organisationen. Vorsitzender Genosse Franz Kreuzig, Schriftführer Gen. F. J. Fellinghauer. Dieser berichtet eingehend über die Parteitätigkeit vom 1. Juli 1923 bis 30. Juni 1924. Genosse Schmidt erstattet für die gleiche Zeit den Bericht über die Kassengebarung. Derselbe weist an Einnahmen 6780,61 K. und an Ausgaben 6279,77 K. aus, weshalb ein Kassendefizit von 500,84 K. verbleibt. Der Bericht der Kontrolle wurde für die nächste Konferenz verlegt. — Neu-wahlen: Es werden gewählt für die Bezirksleitung die Genossen F. J. Fellinghauer, A. Rüd-nagel und J. Schmidt als Vorsitzende, F. Bert und A. Strauß als Schriftführer, sowie F. Wirth als Bezirkskassier. In die Kontrolle die Genossen: F. Abl-Weibert, E. Bog und A. Roscher-Schmiedberg und A. Kunesch-Pleil. Außerdem haben noch je drei Vertreter der Lokalorganisation, der Frauen-organisation und der Jugendorganisation Sitz und Stimme in der Bezirksleitung. — Antikriegs-demonstration: Hierüber berichtet zunächst Gen. Fellinghauer. Nach einer lebhaften Aussprache wird dem Beschlusse der Bezirksleitung, diese Demonstration am Sonntag, den 27. Juli, vormittags in Weipert abzuhalten, zugestimmt und noch näheres für die Durchführung vereinbart. Insbesondere wird sich für lebhafteste Agitation ausgesprochen. — Schließlich werden noch eine Reihe für die Partei Interesse habende Fragen erledigt und

sofort die Konferenz um 11 Uhr vormittags nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Mai-Spende-Abrechnung. Bis 16. Juli haben nachstehende Organisationen an Mai-Spende abge-liefert: Klub der Abgeordneten 6210 K., Klub der Senatoren 2160 K., Bezirksorganisationen: Olmütz 100 K., Peisern 72 K., Jvotitz 245 K., Weipert 50 K., Marienbad 152 K., Eger 40 K., Pöberham 410,40 K., Preibitz 50 K., Witzstetel und Drott 284 K., Gohlitz 560,50 K., Görtau 261,00 K., Troppau 965,60 Kronen, Wsch 290 K., Wornsdorf 1329,00 K., Währ.-Trübau 198 K., Ruffig-Stadt 3163,20 K., Görtau 24 K., Jasserau a. d. Eger 636,86 K., Großsitz 590,80 Kronen, Gohlitz 50 K., E.-Strumman 443,20 K., Tachau 200 K., Jgdon 108 K., Braunau 385,28 K., Ruffig-Band 631,34 K., Wallern 45 K., Pöhm-Kam-nitz 315,25 K., Rumburg 608,83 K., Brinn 3500 K., Winterberg 88 K., Prag 2204,10 K., Währ.-Schön-berg 1188,14 K., Wsch 392 K., Dax 408,98 K., Brüx 250,40 K., Podenbach 2849,49 K., Ronsberg 100 K., Teplig 4581,61 K., Hilin 422,10 K.; insgesamt 38.505,28 Kronen.

Ausweis über die eingelangten Beträge für die „Deutschlandhilfe“. 3. Liste. Bezirksorganisationen: Görtau 1547 K., Rorschad 134 K., Obersteinersdorf 2702,80 K., Rumburg 370 K., Tachau 740, Rom-siou 1260 K., Remont der Gemeinde Stbovice im Erzgebirge 1000 K., Gemeinbeamt Gradgen 716 K., Bezirksorganisationen: Bergreichenstein 22 K., Dax 338,50 K., Raaben 60 K., Lokalorganisationen: Jerska 43 K., Ruffa 100 K., Bezirksorganisationen: Landstrol 15 K., Bergreichenstein 216,50 K., Wßen 46 K., Sternberg 670,90 K., Rorschad 36 K., Reudel 10 K., Jägerndorf 121,70 K., Teplig-Schnau 3429,77 Kronen, Währ.-Schönberg 110 K., Trautenau 290,10 Kronen, Jochimsbad 146,40 K., Kapitz 42 K.

Turnen und Sport.

Zum Bundesturnfest!

An alle Bezirke!

Note und weiße Anmeldebogen! Trotz einer schon ergangenen Mahnung haben eine große Anzahl Bezirke diese Anmeldebogen (auch leer-jenden!) noch immer nicht eingesendet. Den Bezirks-leitungen diene zur Kenntnis: I.: 17 Bezirke; II.: 10 Bezirke; III.: 1, 11, 2, 5 Bezirke; IV.: 1, 16, 2, 11, 8, 10, 4, 7, 6, 5, 7, 8 Bezirke; V.: 1, 14, 2, 9, 3, 9, 4, 10, 5, 7, 6, 10, 7, 8, 2 Bezirke; VI.: 1, 9, 2, 10, 3, 3, 4, 11, 5, 9 Bezirke; VII.: 19 Bezirke; Summe 229 Bezirke!! Weiters ist bis jetzt weder eine Stoppuhr oder Maßband, noch eine Zusiche-rung, daß diese Gegenstände nach Karlsbad mitge-bracht werden, eingegangen. Die Bezirksleitungen werden drängen erucht, die Abfertigung zu bewerk-stelligen, bezgl. eine verpflichtende Erklärung, daß diese Gegenstände sicher nach Karlsbad gebracht werden, einzuschicken.

Turnspiele: Die noch nicht gemeldeten Kreismeister, die sich an den Spielen um die Bundesmeisterschaft beteiligen wollen, haben dies so-jort bekanntzugeben. Ebenso die Mannschaften, die gewillt sind, in Karlsbad Freundschaftsspiele auszu-tragen. Adresse: Jof. Runtich, Ruffig, Markt-platz Nr. 11.

Vorrunde im Fußball zum Bundesturnfest. 6. Kreis. Falkenauer F.S. Ia siegt im dritten Serienspiel in Aß gegen „Sportriege“ des Arbi. W. 7:1 (3:0). Man hatte zwar auf einen Sieg der Falkenauer gerechnet, doch daß es für Aß eine derart hohe Niederlage geben würde, haben sich wohl die größten Optimisten nicht vorgestellt. Falkenauer war nach längerer Zeit wieder einmal in Form; besonders die Stürmerreihe zeigte viel besseres Zusammenwirken als in den letzten Treffern. Im Halb waren alle drei Posten sehr gut besetzt und so sahen wir auch, daß Frisch als linker Laufer für diesen Posten geschaffen ist. Grüned und Riedl standen ihm nicht nach, so daß auch diese viel Anteil an dem unerwarteten Erfolge haben. Die übrige Hintermannschaft hat ebenfalls ihr Bestes dazu geleistet, besonders Fischer und Jäger wollten einer den andern überreifen. Die Aßer leisteten verzweifeltsten Widerstand, doch gegen die mit technischer Überlegenheit und unge-beugten Siegeswillen spielenden Falkenauer konnten sie die hohe Niederlage nicht verhindern. — „Roh-land“ Aß gegen Sportriege Ki-trohlau 7:2 (Serienspiel). Rohland fand in Kitrohlau einen leichteren Gegner und konnte sicher gewinnen. — Reusattil Turnvere-n „Sportriege“ gegen Arbi. C... Eger 3:2 Herausforderungsspiel.

2. Bezirk des 5. Kreises. (Separatzug zum Bundesturnfest.) Es ist beabsichtigt, einen zweiten Separatzug, und zwar ab Teplig Son-n-tag, den 10. August um 5 Uhr früh nach Karls-bad und zurück am demselben Tage ab Karlsbad um zirka 8 Uhr abends einzuschicken. Fahrpreis samt Postkarte inkl. Besorgerischen und Festführer für diesen Zug zirka 35 K. Meldungen zu diesem Zuge müssen aber umgehend erfolgen und werden von allen Turnvereins- und Parteifunktionären ent-gegengenommen. Diese haben die Meldungen sofort an die Bezirksleitung weiterzuleiten.

Mitteilung aus dem Sublitum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 23. **FL. Haus.**
1832

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Gernoh.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert.
Druck: Deutsche Zeitungs- & B. Prag
Für den Druck verantwortlich: D. Dollb.